ZDv 12/1

Politische Bildung in der Bundeswehr

April 2001

DSK FF140100029

Vereinnahmt	Datum	Lfd.Nr.

Der Bundesminister der Verteidigung **Bonn,** 27. April 2001

Ich erlasse die Zentrale Dienstvorschrift

Politische Bildung in der Bundeswehr

ZDv 12/1

Rudolf Scharping

Die ZDv 12/1 „Politische Bildung in der Bundeswehr“, Ausgabe: 21.12.1988, und die Weisung des Generalinspekteurs „zur Durchführung der politischen Bildung in den Streitkräften ab 1. Januar 1996“, BMVg – GenInsp/Fü S I 4 – Az 35-20-00 vom 12. 07.1995, treten hiermit außer Kraft und sind zu vernichten.

Federführung BMVg – **Führungsstab der Streitkräfte I 4, Bonn**

Vorbemerkung

1. Politische Bildung in der Bundeswehr soll den Soldaten die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland verdeutlichen und ihnen helfen, als Staatsbürger in Uniform den Sinn und die Notwendigkeit ihres Dienstes für Frieden, Freiheit und Recht anzuerkennen.

2. Die Veränderungen im sicherheitspolitischen Umfeld haben wachsende Herausforderungen an die Streitkräfte und an den einzelnen Soldaten zur Folge. Daraus ergeben sich für die Vorgesetzten, insbesondere die Disziplinarvorgesetzten, auch im Bereich der politischen Bildung neue Anforderungen. Es gilt nicht nur, unter veränderten Rahmenbedingungen die politische Notwendigkeit, den militärischen Sinn sowie die moralische und rechtliche Begründung des militärischen Auftrages deutlich zu machen, sondern – wo nötig – auch über politische und historische Entwicklungen außerhalb Deutschlands zu unterrichten.

3. Wachsende Komplexität unserer Gesellschaft und Unübersichtlichkeit der Rahmenbedingungen, vor allem im Bereich von Wirtschaft und Technologie, beeinflussen darüber hinaus zunehmend das Leben der Bürger mit und ohne Uniform. Politische Bildung ist kein Allheilmittel gegen gesellschaftliche Fehlentwicklungen. Auch die Einsicht in Ursachen und Wirkungen der Globalisierung des Wirtschaftslebens kann die Schwierigkeiten, die daraus für den Einzelnen erwachsen, nicht beseitigen. Dennoch kann politische Bildung helfen, sich in der komplexer gewordenen Welt zurechtzufinden, und dazu beitragen, Herausforderungen besser zu bewältigen. Auch in der Bundeswehr hat politische Bildung damit eine gesellschaftliche Dimension.

4. Gerade der erweiterte Auftrag der Streitkräfte macht es notwendig, dass der Soldat auch künftig die Werte, für die er einsteht, im täglichen Dienst erfährt. Politische Bildung steht daher in einer engen Wechselbeziehung zur Menschenführung und zur Dienstgestaltung. Der Soldat, der seinen Dienst als sinnvoll und fordernd erlebt, als Mensch geachtet und in seinen Rechten respektiert wird sowie an der Gestaltung des Dienstes mitwirken kann, wird aus dieser Praxis auch einen Gewinn an politischer Bildung ziehen.

Politische Bildung vermittelt in Unterrichts- und Seminarveranstaltungen darüber hinausgehend grundlegende Kenntnisse über

politische Zusammenhänge und Probleme, Entscheidungsträger und -verfahren.

5. Diese Vorschrift gilt für den Bereich der Streitkräfte und wendet sich an alle Vorgesetzten, insbesondere die Disziplinarvorgesetzten. Sie beschreibt die Ziele für die politische Bildung in den Streitkräften und setzt Vorgaben vor allem für die Durchführung des „Staatsbürgerlichen Unterrichtes“ und der „Aktuellen Information“. Die zeitlichen Vorgaben sind Anhalte, von denen jederzeit nach oben, nach unten jedoch nur in besonders begründeten Ausnahmefällen abgewichen werden darf. Hierüber entscheiden die Disziplinarvorgesetzten nach sorgfältiger Abwägung. Darüber hinaus soll politische Bildung bei jeder sich bietenden Gelegenheit stattfinden. Daher sind die Gesprächsbereitschaft in und außer Dienst sowie die persönliche Glaubwürdigkeit der Vorgesetzten entscheidende Faktoren für die politische Bildung in den Streitkräften.

6. Eine qualifizierte Ausbildung der Vorgesetzten ist eine Voraussetzung für ihre Fähigkeit,

- Einsicht in den Zusammenhang von Einsatzbereitschaft und politischer Bildung zu gewinnen,
- Maßnahmen der politischen Bildung selbst durchzuführen sowie
- helfende Dienstaufsicht auszuüben.

Neben Kompetenz in Bezug auf Inhalt und Methoden ist hierzu ein dieser Vorschrift entsprechendes didaktisches Verständnis zu vermitteln. Die Vorgesetzten müssen die Einsicht gewinnen, dass es in der politischen Bildung anders als in anderen Bereichen der Ausbildung nur selten möglich ist, Ansichten und Wertungen nach den Dimensionen falsch/richtig einzustufen.

Weitere Hinweise sind der Anlage 3 zu entnehmen. Dieser Kriterienkatalog zur politischen Bildung bietet eine hilfreiche Checkliste für die Planung von Vorhaben der politischen Bildung und für Einschätzung und Bewertung der Leistungen Untergebener bei der Vermittlung politischer Bildung.

7. Die Befähigung, die Ziele der politischen Bildung zu erreichen und ihre Prinzipien in der Menschenführung zu praktizieren, sollen im Rahmen der Beurteilung Berücksichtigung finden (ZDv 20/6, Anlage 6/1, 2. Änderung).

8. Die Befähigung zur qualifizierten und helfenden Durchführung der Dienstaufsicht ist eine Schlüsselqualifikation des Vor-

gesetzten. Das Bemühen, sich auf dem Gebiet der politischen Bildung weiterzubilden, ist Ausdruck eines angemessenen Rollenverständnisses und wird daher von allen Vorgesetzten erwartet.

9. Der Inhalt dieser Vorschrift ist in der Aus- und Weiterbildung aller militärischen Führer zu behandeln.

10. Hinweise auf Gesetze, Vorschriften und Erlasse, die im Rahmen der politischen Bildung von Bedeutung sind, sind in den Randbezeichnungen von Kapitel 1 und in der Anlage 5 enthalten.

11. Änderungsvorschläge zu dieser Vorschrift sind auf dem Dienstweg vorzulegen an:

Streitkräfteamt
Abteilung IV 3
Postfach 20 50 03
53170 Bonn

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1	**Grundlagen und Grundsätze**	**101–115**
I.	Grundlagen	101–106
II.	Grundsätze	107–115
Kapitel 2	**Ziele der politischen Bildung**	**201–208**
Kapitel 3	**Inhalte und Themen der politischen Bildung**	**301–307**
Kapitel 4	**Praxis der politischen Bildung**	**401–420**
I.	Allgemeines	401–411
II.	Politische Bildung für Vorgesetzte	412–415
III.	Politische Bildung für längerdienende Mannschaftsdienstgrade	416–417
IV.	Politische Bildung für Grundwehrdienstleistende	418
V.	Politische Bildung und Reservisten	419–420
Kapitel 5	**Didaktik und Methodik der politischen Erwachsenenbildung**	**501–508**
I.	Didaktik der politischen Bildung	501–504
II.	Methodik der politischen Bildung	505–508
Anhang		
Anlage 1	Allgemeine Ziele der politischen Bildung	1
Anlage 2	Themen der politischen Bildung	2/1–5
Anlage 3	Kriterienkatalog zur politischen Bildung	3/1–2
Anlage 4	Ausbildungshilfsmittel und Materialien	4/1–3
Anlage 5	Erlasse, Weisungen, Fundstellen	5/1–3
Anlage 6	Anschriftenverzeichnis	6/1–30

Stichwortverzeichnis

Änderungsvorschlag

Änderungsnachweis

Kapitel 1

Grundlagen und Grundsätze

I. Grundlagen

101. Das **Grundgesetz** bestimmt die Werteordnung der Bundesrepublik Deutschland. In dieser Werteordnung ist die **Menschenwürde** der höchste Wert. **Art. 1 ff., 20 GG Art. 67, 79, 97 GG**

Wesentliche Elemente der **freiheitlichen demokratischen Grundordnung** im Sinne des Grundgesetzes sind:

- das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung (Legislative), der vollziehenden Gewalt (Exekutive) und der Rechtsprechung (Judikative) auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- der Grundsatz der Gewaltenteilung (Legislative, Exekutive, Judikative),
- die Achtung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, z.B. Recht auf Leben, Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, Gleichheitsgrundsatz, Religionsfreiheit, Meinungsfreiheit,
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung,
- die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Recht und Gesetz,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft,
- das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung.

Wesentliche Staatsprinzipien sind die **Bundes-, Rechts- und Sozialstaatlichkeit** sowie das **Demokratieprinzip**.

Art. 1, 20 (3) GG

102. Die Grundrechte binden alle staatlichen Gewalten als unmittelbar geltendes Recht. Sie verkörpern eine objektive Werteordnung und garantieren Institutionen, die diese Werteordnung tragen (z.B. Pressefreiheit, Ehe und Familie).

Art. 26, 87a, 87b GG

103. Das Grundgesetz schreibt die Aufstellung der Streitkräfte und Bundeswehrverwaltung als **Teile der Exekutive** zur Gewährleistung einer wirksamen militärischen Verteidigung vor. Die Führung eines Angriffskrieges ist durch das Grundgesetz ausdrücklich verboten.

Art. 24, 32, 35 GG
Art. 80a, 87a, 91 GG
Art 115a ff. GG

104. Das Grundgesetz beschreibt und begrenzt den **Auftrag der Bundeswehr.** Ihr Hauptauftrag ist die Verteidigung Deutschlands und seiner Bündnispartner. Dem Friedensgebot des Grundgesetzes entsprechend, kann die Bundeswehr zur Wahrung und Wiederherstellung des Friedens im Rahmen von Systemen gegenseitiger kollektiver Sicherheit eingesetzt werden. Die Bundeswehr leistet darüber hinaus im In- und Ausland humanitäre Hilfe bei Notlagen, Unglücksfällen und Katastrophen.

Im Falle des inneren Notstandes kann die Bundeswehr auch zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung eingesetzt werden.

§§ 7, 8, 9 SG

105. Der Soldat hat die **Pflicht**, seinem Land treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen (§ 7 SG). Er bekennt dies durch seinen Diensteid bzw. durch sein feierliches Gelöbnis (§ 9 SG).

Der Soldat muss die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland im Sinne des Grundgesetzes anerkennen und durch sein gesamtes **Verhalten** für ihre Erhaltung eintreten (§ 8 SG).

§ 33 SG

106. Dem Soldaten sind die politischen und rechtlichen Begründungen für den militärischen Dienst zu vermitteln. Der Sinn des Auftrages der Streitkräfte ist einsichtig und verständlich zu machen. Deshalb verpflichtet das Soldatengesetz die Streitkräfte zur Durchführung von staatsbürgerlichem

Unterricht für alle Soldaten (§ 33 SG). Durch die **politische Bildung** in der Bundeswehr wird diese Forderung des Soldatengesetzes erfüllt.

II. Grundsätze

Innere Führung ZDv 10/1

107. Die Bundeswehr ist eine Armee in der Demokratie. Die Konzeption der **Inneren Führung** bindet die Streitkräfte an die Werte des Grundgesetzes. Sie verbindet so die Erfordernisse des Auftrages der Streitkräfte und des militärischen Dienstes mit der Würde, den Rechten und den Pflichten des Staatsbürgers in der Demokratie.

Leitbild „Staatsbürger in Uniform“

108. Der Soldat der Bundeswehr ist **Staatsbürger in Uniform**. Dieses **Leitbild** beschreibt idealtypisch die Forderungen an den Soldaten:

- eine freie Persönlichkeit zu sein,
- als verantwortungsbewusster Staatsbürger zu handeln,
- sich für den Auftrag einsatzbereit zu halten.

Das Leitbild steht damit auch für den politisch gebildeten, verantwortungsbewussten Soldaten, der die politischen Begründungen, Bedingungen und Folgen seines Handelns erkennt und deshalb aus Überzeugung für die Erhaltung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland eintritt.

Einsatzbereitschaft

109. Politische Bildung orientiert sich an diesem Leitbild und schafft eine wesentliche **Voraussetzung für die Einsatzbereitschaft** des einzelnen Soldaten und damit auch für die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte insgesamt.

Einflussfaktoren

110. Politische Bildung in der Bundeswehr steht in Wechselwirkung mit gesellschaftlichen und politischen Einflüssen. Sowohl externe als auch streitkräftespezifische Gegebenheiten und Rahmenbedingungen beinflussen die politische Bildung. Politische Bildung in der Bundeswehr wendet sich somit an Menschen mit unterschiedlicher **Weltsicht** und, durch ihre Lebenserfahrung geprägt, unterschiedlichem **Werteverständnis**.

Begriff

111. Politische Bildung in der Bundeswehr bezeichnet

- einen **Anwendungsbereich** der Inneren Führung,
- ein **Ausbildungsgebiet**, das alle im Sinne der Zielsetzung dieser Vorschrift durchgeführten Unterrichts- und Seminarveranstaltungen umfasst,
- eine Form des **Informations- und Meinungsaustausches** zwischen gleichberechtigten, wenn auch häufig unterschiedlich vorgebildeten und interessierten Staatsbürgern und
- das **Ergebnis eines Bildungsprozesses,** der Urteilsfähigkeit, Handlungsbereitschaft und -kompetenz vermitteln oder entwickeln soll.

Bei der Verwendung des Begriffes ‚politische Bildung' sind oftmals mehrere dieser Begriffsinhalte gleichzeitig angesprochen. In Vorschriften und Weisungen ist in der Regel vorrangig das Ausbildungsgebiet gemeint.

Wechselbeziehung von Menschenführung und politischer Bildung

112. Politische Bildung steht als ein Anwendungsbereich der Inneren Führung in enger **Wechselbeziehung zur Menschenführung** und ist in den gesamten militärischen Dienst integriert. Erst das Verwirklichen der in dieser Vorschrift genannten Grundsätze in der Menschenführung vermag den Untergebenen Sinn und Zweck des Dienstes überzeugend zu vermitteln.

Einschränkungen SG §§ 15, 33

113. Der Zusammenhalt der Bundeswehr beruht maßgeblich auf **Achtung und Vertrauen** und verlangt gegenseitige Rücksichtnahme. Daher dürfen auch im Rahmen der politischen Bildung:

- Vorgesetzte ihre Untergebenen weder im Dienst noch in der Freizeit für oder gegen eine politische Meinung beeinflussen (§§ 15 Abs.4 SG);
- Soldaten sich im Dienst weder zugunsten noch zuungunsten einer politischen Richtung betätigen (§§ 15 Abs.1, 33 Abs. 1 SG);
- die Grenzen der Kameradschaft trotz des Rechts der freien Meinungsäußerung auch während der Freizeit innerhalb dienstlicher Unterkünfte und Anlagen nicht überschritten werden (§ 15 Abs.2 SG).

Folgerungen und Regeln

114. Aus den Grundlagen und Grundsätzen lassen sich bestimmte Folgerungen und Regeln für die politische Bildung in der Bundeswehr ableiten: Politische Bildung

- hat die Meinungsfreiheit des Einzelnen zu respektieren und darf die Möglichkeit, sich aus allgemein zugänglichen Quellen zu informieren, nicht einschränken,
- soll kontroverse gesellschaftliche und politische Positionen darstellen,
- hat eine Brückenfunktion; sie soll die Menschen nicht trennen, sondern verbinden,
- soll den Soldaten befähigen, sich seine eigene Meinung zu bilden und sich aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen,
- ist Anspruch an das Führungsverhalten und an den Umgang miteinander. Sie ist nur dann glaubwürdig, wenn der Rahmen, in dem sie sich bewegt, den Wert unserer Lebensordnung widerspiegelt,
- ist an gesetzliche Vorgaben gebunden und wird durch den Auftrag der Streitkräfte mitbestimmt,
- klärt insbesondere über extremistische, intolerante und gewaltbereite politische Auffassungen und ihre Gefahren auf,
- ist abhängig von Einflussfaktoren und Rahmenbedingungen, die einerseits die an sie gerichteten Ansprüche bestimmen, andererseits aber auch ihre Möglichkeiten begrenzen,
- ist Erwachsenenbildung, die sich an mündige Soldaten aller Laufbahngruppen richtet, und
- muss situationsorientiert durchgeführt werden, d.h. von den Lernvoraussetzungen, den konkreten (Lebens-)Erfahrungen, den Interessen und Bedürfnissen der Soldaten ausgehen.

Minimalkonsens der politischen Bildung

115. Mit der Beachtung dieser Regeln unterwirft sich die politische Bildung in der Bundeswehr einem in der Gesellschaft geltenden Minimalkonsens[1]) für die politische Bildung.

---

[1]) Dieser Minimalkonsens wird nach dem Ort, an dem er 1977 formuliert wurde, als **„Beutelsbacher Konsens“** bezeichnet. Vgl. dazu Wehling, Hans-Georg; Konsens à la Beutelsbach? in: Schiele, S./Schneider, H. (Hrsg.): Das Konsensproblem in der politischen Bildung, Stuttgart 1977, S. 173-189.

Dieser Konsens manifestiert sich in drei Geboten bzw. Verboten:

Dem **Überwältigungsverbot**, d.h. es ist nicht erlaubt, Soldaten mit Mitteln der Indoktrination und Manipulation im Sinne gewünschter Meinungen zu beeinflussen und sie damit an der Gewinnung eines selbstständigen Urteils zu hindern.

Dem **Gebot der Kontroversität**, d.h., dass das, was in der Gesellschaft kontrovers diskutiert wird, auch im Unterricht kontrovers erscheinen muss. Dies erfordert, unterschiedliche Standpunkte zuzulassen, Optionen zu thematisieren und Alternativen aufzuzeigen.

Dem **Gebot der Berücksichtigung individueller Interessenlagen**, d.h. die Soldaten müssen in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und ihre eigene Interessenlage zu analysieren sowie sich die erforderlichen Fähigkeiten zur Beeinflussung der Situation im Sinne ihrer Interessen aneignen zu können.

Für die Soldaten als Staatsbürger in Uniform gilt es hierbei auch, ihnen ihre Mitverantwortung für das politische Ganze und das soziale Zusammenleben deutlich zu machen und ihnen die Regeln der pluralistischen Demokratie bei der Suche nach Problemlösungen zu vermitteln.

Kapitel 2

Ziele der politischen Bildung in der Bundeswehr

Gesamtziel

201. Ziel der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland ist die auf eigenständigem Urteil beruhende Bejahung des demokratischen Staates und das Eintreten für die freiheitliche demokratische Grundordnung.

Allgemeine Ziele

202. Zur Erreichung dieses Gesamtziels hat die Bundesregierung 1991 mit Zustimmung aller Fraktionen im Deutschen Bundestag zwölf **allgemeine Ziele** benannt (Anlage 1). Danach hat politische Bildung insbesondere die Vermittlung von demokratischem Bewusstsein sowie von Kenntnissen und Fähigkeiten für die aktive Teilnahme an politischen Prozessen zum Ziel.

Die **Gesamtheit dieser Bildungsziele ist ständiger Auftrag der politischen Bildungsarbeit**, um die sich auch die Bundeswehr bei ihren Maßnahmen zu bemühen hat.

Besondere Ziele

203. In diesem Rahmen ergeben sich die **besonderen Ziele** der politischen Bildung in der Bundeswehr aus deren Auftrag. Politische Bildung in der Bundeswehr soll:

(1) die **Schutz- und Verteidigungswürdigkeit der Grundordnung** der Bundesrepublik Deutschland verdeutlichen,
(2) den **Auftrag der Streitkräfte** angesichts neuer Risiken und gewachsener internationaler Verantwortung begründen,
(3) die Bereitschaft und Fähigkeit entwickeln und fördern, **Grundfragen des Soldatenberufs** – bis hin zu seiner ethischen und moralischen Dimension – zu reflektieren,
(4) die **Rolle des Soldaten** in Staat und Gesellschaft bewusst machen und die Fähigkeit fördern und ausbilden, sich mit ihr auseinanderzusetzen, und

(5) den verantwortungsvollen und sachgerechten Gebrauch der **staatsbürgerlichen Rechte** fördern und die Fähigkeit entwickeln, die **gesetzlichen Pflichten** als Soldat zu erkennen und entsprechend zu handeln.

Verbindlichkeit der Ziele

204. Politische Bildung wird für **alle Dienstgradgruppen** mit den **gleichen Zielen** durchgeführt. Die für die Ausbildung verantwortlichen Vorgesetzten bestimmen die Lernzielstufen. Sie berücksichtigen dabei unter anderem die vorgeschriebenen Lehr- und Lerninhalte, mögliche Arbeitsformen sowie Funktion, Leistungsfähigkeit und Vorkenntnisse der Zielgruppe.

Erreichbarkeit der Ziele

205. Politische Bildung in der Bundeswehr ist Bestandteil eines lebenslangen Lernprozesses. Sie kann kurzfristig Überzeugungen sichtbar machen, auch verstärken, mittelfristig zum Nachdenken anregen und langfristig zu Bewusstseins- und Verhaltensänderungen führen. Erwartungen an Ergebnisse politischer Bildungsarbeit in den Streitkräften müssen dieser zeitlichen Einordnung Rechnung tragen.

Geschichtliche Aspekte

206. Das Erreichen der Ziele politischer Bildung erfordert häufig den **Rückgriff auf geschichtliche Aspekte**. Sie sollen dem Soldaten das Verständnis des demokratisch verfassten Gemeinwesens auch in seiner Entwicklung zugänglich machen und den Wert und die Bedeutung des Grundgesetzes vor dem Hintergrund deutscher Geschichte veranschaulichen. Dabei ist auch der Weg des deutschen und europäischen Einigungsprozesses zu berücksichtigen.

Ziel der historischen Bildung

207. Daher ist es erforderlich, dass das militärische Führungspersonal über entsprechende **historische Kenntnisse und Einsichten** verfügt[1]).

Dieser Personenkreis soll insbesondere befähigt werden:

---

[1]) siehe auch Weisung zur Intensivierung der historischen Bildung in den Streitkräften – BMVg GenInsp/Fü S I 7 – Az 35-20-01 vom 02.03.1994

- sich durch eine objektive, an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientierte, ganzheitliche Geschichtsbetrachtung als Soldat in der Demokratie zu verstehen sowie Sinn und Zweck soldatischen Dienens in der Gegenwart zu erkennen,
- durch die Beschäftigung mit ausgewählten Ereignissen und Persönlichkeiten der Geschichte im Allgemeinen wie der Militärgeschichte im Besonderen sein politisches und militärisches Urteilsvermögen zu schulen, geschichtliche Erfahrungen zu berücksichtigen und daraus Maßstäbe für das eigene Verhalten zu gewinnen,
- sich mit historischen Fragen sachgerecht zu befassen sowie daraus gewonnene Erkenntnisse und Schlussfolgerungen für eigenes Handeln zu nutzen und in der Ausbildung zu vermitteln,
- die historischen Bezüge von politischen und militärischen Problemen der Gegenwart zu erkennen und diese in der politischen Bildung zu vermitteln sowie
- bei der Untersuchung von militärischen Aktionen in ihrem Gesamtzusammenhang und in ihren Auswirkungen deutlichere Vorstellungen von den Handlungsbedingungen und von der Verantwortung bei der Führung von Soldaten im Krieg zu gewinnen.

Traditionsverständnis

208. Durch die Einbeziehung geschichtlicher Aspekte hilft politische Bildung dem Soldaten, aus den Grundsätzen unserer Verfassung und einer kritischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit Maßstäbe zu gewinnen, die ihn befähigen, politische Geschehnisse und Zusammenhänge der Gegenwart zu beurteilen und ein angemessenes **Traditionsverständnis** zu entwickeln[1]).

[1]) siehe auch ZDv 10/1 Innere Führung Anlage 2/5

Kapitel 3

Inhalte und Themen der politischen Bildung in der Bundeswehr

Inhalte

301. Die **Inhalte** der politischen Bildung orientieren sich an den vorgegebenen Zielen, **am Grundgesetz sowie am Auftrag der Bundeswehr**. Politische Entwicklungen grundsätzlicher oder existenzieller Art, aktuelle tagespolitische und gesellschaftliche Ereignisse, Sonderaufgaben einzelner Verbände oder Einheiten führen zu inhaltlichen Schwerpunktsetzungen.

Zuordnung

302. Die Auseinandersetzung mit den Inhalten soll zur Festigung des **demokratischen Bewusstseins** und zur Bereitschaft beitragen, an der **Bewahrung und Gestaltung eines gerechten Friedens** in und für Europa mitzuwirken.

Motivation

303. Eine dem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform verpflichtete Menschenführung verlangt, den Soldaten auch durch politische Bildung auf seine Aufgaben vorzubereiten. Er muss diese Aufgaben professionell beherrschen und sie in den politischen Zusammenhang einordnen. Jeder Soldat muss wissen und verstehen, wofür er ausgebildet und gegebenenfalls eingesetzt wird. **Er soll überzeugt sein, dass sein Auftrag politisch notwendig, militärisch sinnvoll sowie rechtlich und moralisch begründet ist.**

Bezug zum Dienst des Soldaten

304. Folgende Themenkreise haben unmittelbaren **Bezug zum Dienst des Soldaten**:

(1) Die freiheitliche demokratische Grundordnung
(2) Bundeswehr und Soldat in Staat und Gesellschaft
(3) Sicherheits- und Verteidigungspolitik in einer sich ändernden Welt
(4) Die globalen Herausforderungen unserer Zeit

Medienkompetenz

305. Ereignisse von politischer Bedeutung, Ziele und Ergebnisse politischen Handelns, gesellschaftliche Entwicklungen sowie Wertungen hierzu, die Inhalte politischer Bildung sein können, werden über die Medien vermittelt. Daher sind kritischer **Umgang mit** und – die eigene Reaktion auf Inhalt und Methode hinterfragende – **Auswertung von Medien** sowohl eine besonders wichtige Aufgabe als auch ein Inhalt der politischen Bildung. Die Analyse der Wirkung von Medien auf die Meinungsbildung sowie der hierbei verwendeten Mittel und Methoden kann sowohl als eigenständiges Thema als auch in Verbindung mit Themen aus den o.a. Themenkreisen behandelt werden.

Vorgaben für den Grundwehrdienst

306. Nur für die ersten Monate des Grundwehrdienstes werden Ausbildungsthemen (Nr. 418) einheitlich vorgegeben. Dabei handelt es sich um solche Themen, die den neu in die Streitkräfte eingetretenen Staatsbürger über seine Rolle als Soldat und seinen Auftrag informieren und es ihm ermöglichen, sich damit auseinanderzusetzen. Zur Behandlung dieser Themen sind in der Regel insgesamt 12 Ausbildungsstunden vorzusehen.

Auswahl

307. Die **Auswahl** weiterer **Themen** für Grundwehrdienstleistende sowie der Themen für längerdienende Soldaten und für Offiziere und Unteroffiziere im Rahmen der Aus-, Fort- und Weiterbildung obliegt den zuständigen Vorgesetzten. Die Interessenlage der Lerngruppe soll berücksichtigt werden. Die Vertrauenspersonen sowie die zuständigen Personalräte bei personalratsfähigen Dienststellen sind zu beteiligen.

Die Anlage 2 enthält ein **Angebot** für mögliche Themen, die den Zielen der politischen Bildung in der Bundeswehr entsprechen.

Bei der Auswahl und Festlegung der Ausbildungsthemen sind die **Vorgaben** (Grundlagen, Ziele) und **Hinweise** (Grundsätze, Didaktik und Methodik) dieser Vorschrift zu beachten.

Kapitel 4

Praxis der politischen Bildung in der Bundeswehr

I. Allgemeines

Formen der politischen Bildung

401. Durch Dienst- und Ausbildungsplan festgelegte politische Bildung wird in der Bundeswehr als **aktuelle Information** und **staatsbürgerlicher Unterricht** durchgeführt. Beide Formen sind unverzichtbar.

Aktuelle Information

402. Periodisch – im Regelfall einmal wöchentlich – ist zu aktuellen, politisch und gesellschaftlich relevanten Ereignissen und Themen oder kurzfristig aus aktuellem Anlass eine **aktuelle Information** durchzuführen. Gegenstand der aktuellen Information können darüber hinaus Fragen der Soldaten und Beiträge aus den audiovisuellen Medien der Truppeninformation (Info Magazin, Info Forum) und der Massenmedien sein.

Die aktuelle Information ist für alle Dienstgradgruppen in ihrem Zeitumfang variabel und wird **zusätzlich** zum staatsbürgerlichen Unterricht durchgeführt. Der Zeitansatz für die aktuelle Information ist nicht auf die Zeitvorgaben der Nummern 306, 413, 416 und 418 anzurechnen.

Staatsbürgerlicher Unterricht

403. Mit **staatsbürgerlichem Unterricht** werden alle Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen bezeichnet. Sie sind in vielfältigen methodischen Varianten und mit längerfristiger Ziel- und Themensetzung durchzuführen. In Nummer 304 sind Themenkreise vorgegeben. Themen können sich auch aus der aktuellen Information ergeben.

Maßnahmen des staatsbürgerlichen Unterrichts sind in ihrem Zeitumfang grundsätzlich nicht begrenzt. Die **Zeitangaben** dieser Vorschrift sind als **Mindestvorgaben** zu verstehen.

Zusammenarbeit mit Trägern der politischen Bildung

404. Im Rahmen der örtlichen Gegebenheiten und der zugewiesenen Haushaltsmittel ist bei Seminaren der politischen Bildung die Möglichkeit der **Zusammenarbeit mit öffentlichen und freien Trägern der politischen Bildung** zu prüfen. Die Zusammenarbeit enthebt den verantwortlichen Vorgesetzten nicht von seiner persönlichen Verpflichtung zur Leitung gemäß Nr. 408 (Anlage 6).

Sonstige Formen der politischen Bildung

405. Die Teilnahme von Soldaten an **Veranstaltungen zur politischen Aus-, Fort- und Weiterbildung außerhalb der Bundeswehr** ist von den Vorgesetzten zu unterstützen. Von der Möglichkeit, Soldaten für die Teilnahme an förderungswürdigen staatspolitischen Bildungsveranstaltungen Sonderurlaub zu gewähren, sollen die Vorgesetzten Gebrauch machen[1]). Eine Teilnahme an diesen Veranstaltungen ist vor allem für freiwillig zusätzlichen Wehrdienst Leistende, Soldaten auf Zeit und Berufssoldaten vorzusehen.

Gespräche

406. Politische Bildung erschöpft sich nicht in Unterrichts- und Seminarveranstaltungen. Das **Gespräch** zwischen Vorgesetzten und Untergebenen ist ein wichtiges Mittel in der politischen Bildung.

Vorgesetzte, die Sinn und Notwendigkeit von Befehlen und Aufträgen einsichtig machen, leisten damit zugleich einen Beitrag zur politischen Bildung.

Planung

407. Die Nutzung ziviler Bildungseinrichtungen erfordert oftmals eine längere Vorbereitung oder die Bereitstellung von Haushaltsmitteln. Daher sind solche Maßnahmen möglichst **langfristig voraus** in der **Ausbildungsplanung** zu verankern. Die Vertrauensperson ist zu beteiligen.

Leitung

408. Veranstaltungen der politischen Bildung werden grundsätzlich durch den **nächsten Disziplinarvorgesetzten** – im Regelfall der Einheitsführer oder ein Vorgesetzter in vergleichbarer Dienststellung – **geleitet**. Er ist persönlich anwesend und stellt sich der Diskussion.

---

[1]) Nr. 78, 79 AusfBest SUV

Bei Ereignissen, die in ihrer Tragweite den Auftrag der Streitkräfte und den Dienst des Soldaten in besonderer Weise berühren, kann es oftmals geboten sein, daß die Leitung von Veranstaltungen der politischen Bildung vom **nächsthöheren Disziplinarvorgesetzten** – im Regelfall dem Kommandeur – wahrgenommen wird.

Durchführung

409. Bei der **Durchführung** der Maßnahmen zur politischen Bildung können die zuständigen Vorgesetzten auch geeignete Soldaten beteiligen. Ebenso können sie interessierte Reservisten oder im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel Fachleute aus dem zivilen Bereich zu ihrer Unterstützung heranziehen.

Erfolgskontrolle

410. Politische Bildung soll auch darauf ausgerichtet sein, das Erreichen der angestrebten Lernziele zu kontrollieren. Daher müssen Erfolgskontrollen integraler Bestandteil des Unterrichtsgeschehens sein.

Eine Überprüfung von Lernfortschritten im Bereich des Wissens, der Anwendung und der Urteilsbildung (kognitive Lernintentionen) wird im Regelfall auf Schulen begrenzt bleiben.

Dienstaufsicht

411. Der **Kommandeur** oder vergleichbare truppendienstliche Vorgesetzte ist verantwortlich für die politische Bildung. Er **unterstützt** die Einheitsführer oder vergleichbare mit politischer Bildung beauftragte Vorgesetzte bei der Planung, Vorbereitung und Durchführung. Er übt die **Dienstaufsicht** aus. Die **Erfolgskontrolle** als ein wesentliches Merkmal der Dienstaufsicht **erfordert die Teilnahme der dienstaufsichtführenden Vorgesetzten** an Veranstaltungen der politischen Bildung.

II. Politische Bildung für Vorgesetzte

Ausbildung

412. Politische Bildung ist unverzichtbarer Teil der **Ausbildung** aller Soldaten. Für Offiziere und Unteroffiziere ist sie elementarer Bestandteil militärischer Führungskompetenz. Entsprechende Kenntnisse und Fertigkeiten gilt es zu erwerben

und zu erhalten. Dazu kommt es darauf an, dass angehende Vorgesetzte politische Bildung im täglichen Dienst beispielhaft erleben.

Weiterbildung

413. Maßnahmen zur politischen **Weiterbildung** der Offiziere und Unteroffiziere sind durch die Truppe/Dienststellen durchzuführen. Hierfür ist ein Zeitansatz von mindestens drei Tagen pro Jahr vorzusehen. In Lehrgängen, die länger als eine Woche dauern, sind Maßnahmen zur politischen Bildung einzubeziehen und besonders auszuweisen.

Die Weiterbildung soll nicht nur Sachinformationen und Meinungen anbieten, sondern auch Fähigkeiten vermitteln, die für die Umsetzung des allgemeinen Ziels politischer Bildung, die zu treffenden didaktischen und methodischen Entscheidungen sowie den Einsatz von Verfahren zur Erfolgskontrolle unerlässlich sind.

Fortbildung

414. Jeder Vorgesetzte muss sich um seine **persönliche politische Fortbildung** bemühen. Nur politisch gebildete und interessierte Vorgesetzte sind in der Lage, auf Fragen ihrer Untergebenen und der Öffentlichkeit zu politischen Sachverhalten und Problemen einzugehen. **Gesprächsbereitschaft** und **Gesprächsfähigkeit** sind Merkmale eines politisch gebildeten Vorgesetzten.

Ergänzende Maßnahmen

415. Die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Vorgesetzten ist fester **Bestandteil des Gesamtprozesses der politischen Bildung** ihrer Einheit, ihres Verbandes bzw. ihrer Dienststelle.

Seminare, die das Zentrum Innere Führung, Kommandobehörden oder öffentliche und freie Träger veranstalten, ergänzen die Weiterbildungsmaßnahmen der Truppe und Dienststellen.

III. Politische Bildung für längerdienende Mannschaftsdienstgrade

Vorgaben

416. Politische Bildung für Soldaten im freiwilligen zusätzlichen Wehrdienst oder Soldaten auf

Zeit, die nicht die Laufbahn der Offiziere oder Unteroffiziere einschlagen, wird nach den **Vorgaben für die Grundwehrdienstleistenden** durchgeführt.

Der **Zeitansatz** erhöht sich entsprechend der Dauer ihrer Dienstzeit um **drei Stunden pro Monat**.

417. Eine **Erweiterung des Themenangebotes** für längerdienende Mannschaften, z.B. auch durch Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen der Unteroffiziere, ist bedarfsgerecht durchzuführen. Eine langfristige, thematisch fortführende Ausbildungsplanung ist im Zusammenwirken mit den Vertrauenspersonen zu realisieren.

IV. Politische Bildung für Grundwehrdienstleistende

418. Für Grundwehrdienstleistende wird die politische Bildung als s**taatsbürgerlicher Unterricht** in zwei Abschnitten durchgeführt:

Vorgaben

Im **ersten Abschnitt** werden die nachfolgenden Ausbildungsthemen einheitlich vorgegeben. Sie sind in den ersten beiden Monaten der Ausbildung und möglichst zeitnah daran anschließend zu behandeln. Zur Behandlung dieser Themen sind in der Regel insgesamt 12 Ausbildungsstunden vorzusehen. Einzelne Ausbildungsthemen sollten zu Ausbildungsblöcken zusammengefasst werden. Bei der Durchführung ist die Unterrichtsmappe zur ZDv 12/1 „Politische Bildung in der Bundeswehr“, Teil I und II heranzuziehen.

Pflichtthemen

Ausbildungsthemen für den Grundwehrdienstleistenden

1. und 2. Ausbildungsmonat

(1) Dienen – wofür?
(2) Eid und Feierliches Gelöbnis.
(3) Verfassungsrechtliche Stellung der Bundeswehr

anschließend

(4) Auftrag und Aufgaben der Bundeswehr
(5) Friedenssicherung durch die Vereinten Nationen

Im **zweiten Abschnitt** – im Regelfall ab dem 4. Ausbildungsmonat – sind vor allem Themen aus den Themenkreisen 1 bis 3 zu behandeln, gegebenenfalls ergänzt durch Inhalte des Themenkreises 4 (siehe auch Nr. 304 und Anlage 2). Hierfür stehen 16 Ausbildungsstunden zur Verfügung, die vorzugsweise in Seminarform (Bilden von Ausbildungsblöcken) in überschaubaren Gruppen durchzuführen sind.

Damit sich Maßnahmen der politischen Bildung noch während des Grundwehrdienstes auswirken können, sind sie möglichst zeitig nach der Grundausbildung einzuplanen.

V. Politische Bildung und Reservisten

Aktualisierung des Informationsstandes

419. Reservisten üben eine unverzichtbare **Mittlerfunktion** zwischen Soldaten und den übrigen Bürgern des Landes aus.

Deshalb ist anzustreben, bei Wehrübungen auch politische Bildung vorzusehen und insbesondere den **aktuellen Informationsstand** zur Sicherheitspolitik sowie der Landes- und Bündnisverteidigung zu vermitteln.

In Wehrübungen, die länger als eine Woche dauern, sind Maßnahmen zur politischen Bildung einzuplanen und besonders auszuweisen.

Unterstützung durch Reservisten

420. Oftmals verfügen Reservisten über **Bildung, Kenntnisse und berufliche Erfahrungen**, die im Rahmen der politischen Bildung für einen größeren Kreis genutzt werden können. Stets ist daher zu prüfen, ob und ggf. wie Reservisten bei der Durchführung von Maßnahmen der politischen Bildung zu beteiligen sind.

Kapitel 5

Didaktik und Methodik der politischen Erwachsenenbildung

I. Didaktik der politischen Bildung

Aufgabe der Erwachsenenbildung

501. Politische Bildung in der Bundeswehr ist politische **Erwachsenenbildung**, deren Aufgabe besonders die Förderung der Handlungsfähigkeit des Erwachsenen für politisch relevante Situationen ist. In ihr werden nicht nur elementare Grundlagen politischer Bildung gelegt, sondern sie baut auch auf vermitteltem und erworbenem Wissen auf.

Politische Bildung in der Bundeswehr muss sich so weit wie möglich im Dialog vollziehen, weil sie den Soldaten immer unbeschadet aller möglichen Bildungsunterschiede als mündigen Staatsbürger zu respektieren hat.

Beteiligung

502. Im Regelfall ist für die Erwachsenenbildung das Prinzip der freiwilligen Teilnahme an den Bildungsangeboten, die sich aus den Bildungsbedürfnissen ergeben, kennzeichnend.

In den Streitkräften stellt politische Bildung dagegen ein gesetzlich vorgegebenes, militärisches Ausbildungsgebiet dar. Der Vorgesetzte kann daher **Interesse** an der politischen Bildung nicht immer voraussetzen. Erst die Beteiligung der Ausbildungsgruppe an Planung, Vorbereitung und Durchführung der politischen Bildung als Prinzip und Methode sowie das Einbeziehen der Situation, in der sich die Ausbildungsgruppe befindet bzw. deren Bewältigung für sie von Bedeutung ist, ermöglicht eine erfolgreiche politische Bildung.

Die Beteiligung der Vertrauensperson ist im Soldatenbeteiligungsgesetz (SBG) festgelegt.

Didaktische Analyse

503. Die wichtigste Aufgabe des Vorgesetzten besteht demnach in der **pädagogischen Organisation der Lehr- und Lernsituation**. Dies geschieht durch

Berücksichtigung verschiedener Einflussfaktoren im Rahmen einer didaktischen Analyse.

Einflussfaktoren

504. Zu diesen **Einflussfaktoren** gehören das Lern- oder Ausbildungsziel, der Ausbilder, die Ausbildungs- oder Lerngruppe, der Ausbildungsinhalt, das Ausbildungsverfahren / die Methode, die Ausbildungs(hilfs-)mittel, die Rahmenbedingungen und die (Erfolgs-) Kontrolle.

Ausbildungsziel

(1) Für jedes Ausbildungsvorhaben ist ein **Ausbildungsziel** festzulegen, das sich auf die allgemeinen und besonderen Ziele der politischen Bildung gründet.

Ausbilder

(2) **Ausbilder** müssen nicht nur sachkundig, sondern vor allem glaubwürdig sein. Hierzu bedarf es ihres überzeugenden Beispiels. Sie sollen sich vorwiegend als Partner und als Moderator des Ausbildungsgeschehens verstehen.

Ausbildungsgruppe

(3) Die **Ausbildungsgruppe** ist durch unterschiedliche Herkunft, Erfahrungen, Interessen und Lernvoraussetzungen gekennzeichnet. Diese für die Bundeswehr typische Vielfalt innerhalb der Ausbildungsgruppe erfordert gerade im Bereich der politischen Bildung besondere Überlegungen, um die vorhandene Vielfalt für die Ausbildung nutzbar zu machen.

Ausbildungsinhalte

(4) Die **Ausbildungsinhalte** und die daraus resultierenden Ausbildungsthemen ergeben sich aus den Zielen der politischen Bildung. Dabei ist zu beachten, dass unter den Rahmenbedingungen und zeitlichen Möglichkeiten für die politische Bildung in der Bundeswehr nur exemplarisches Lernen möglich und eine inhaltliche und thematische Überfrachtung zu vermeiden ist. Im Sinne von Situationsorientierung soll an die Erfahrungs- und Erlebniswelt der Ausbildungsgruppe angeknüpft werden.

Ausbildungsverfahren

(5) **Ausbildungsverfahren** sollen Gelegenheit bieten, demokratisches Bewusstsein und Verhalten zu entwickeln und die Lernmotivation bei der

Ausbildungsgruppe zu erhalten. Problemlösungen sollen nicht angeboten, sondern erarbeitet werden. Dabei kann in Kauf genommen werden, dass Probleme auch offen bleiben.

Ausbildungsverfahren können mangelnde Sachkompetenz der Ausbilder nicht ausgleichen.

Ausbildungshilfsmittel

(6) **Ausbildungs(hilfs-)mittel** bieten vielfältige Möglichkeiten zur Veranschaulichung. Sie erleichtern das Lernen und können das Interesse am Lerngeschehen aktivieren und wachhalten.

Rahmenbedingungen

(7) **Rahmenbedingungen** beeinflussen die Durchführung der politischen Bildung. Zeitliche Einordnung und Zeitansatz, Ortswahl, Raumgestaltung, Sitzordnung, Größe der Ausbildungsgruppe u.ä. entscheiden über Erfolg oder Misserfolg der Ausbildung mit.

Erfolgskontrollen

(8) **Erfolgskontrollen** dienen der Überprüfung von Lernfortschritten bei der Lernleistung. Die Lernleistung beinhaltet neben der Informationsbeschaffung und Informationsaufnahme auch die Formulierung eigener Empfindungen, das Nachvollziehen von Zusammenhängen, das Analysieren von Ursachen und Entscheidungskriterien, das Vorausdenken möglicher Folgen sowie das Prüfen und Bewerten von Aussagen. Diese Lernleistungen sind mittels geeigneter Methoden erfassbar, die aus dem Unterrichtsgeschehen erwachsen (s. Nr. 506).

Für Vorgesetzte bieten die Teilnahme an Veranstaltungen zur politischen Bildung und das Gespräch hierzu Möglichkeiten.

Erfolgskontrollen können auch Veränderungen von Einstellungen, Verhaltensorientierungen und Wertentscheidungen feststellen.

II. Methodik der politischen Bildung

Attraktivität/Wirksamkeit

505. Die **Attraktivität,** aber auch die **Wirksamkeit** der politischen Bildung in der Bundeswehr ist nicht zuletzt eine Frage der Methodenanwen-

dung. Handlungsorientierte Vorgehensweisen und Arbeitsmethoden, die praktisches, forschendes, problemlösendes, soziales, kommunikatives, kreatives oder projektartiges Lernen ermöglichen, bieten Abwechslung und fördern das Interesse, die Sach-, Urteils- und Handlungskompetenz des Auszubildenden.

Lehr- und Lernmethoden

506. In der politischen Bildung sind vorzugsweise solche **Lehr- und Lernmethoden** zu wählen, die zur Mitarbeit und Mitwirkung anregen. Dazu gehören u.a.: Gruppen- oder Partnerarbeit, Rollen- und Planspiel, Entscheidungsspiel, Diskussion, Debatte, Hearing, Erkundung und Exkursion, Interview sowie produktives Gestalten von Flugblättern, Plakaten, Wandzeitungen, Hörspielen, Videos, Collagen, Diareihen oder Fotodokumentationen.

Auswahl von Methoden

507. Die **Auswahl** sachgerechter Methoden kann:

- zur Erreichung der Lehr- und Lernziele beitragen,
- ermöglichen, dass Ausbilder und Auszubildender gleichberechtigte Partner im Lernprozess sind,
- die Aufnahme von Lehr- und Lerninhalten dadurch erleichtern, dass Sachverhalte und Probleme anschaulich gestaltet und handhabbar gemacht werden,
- dazu beitragen, dass verfestigte Sichtweisen und Vorurteile aufgebrochen werden,
- Eigeninitiative und selbstorganisierte Lernprozesse fördern und die Lernbereitschaft erhalten sowie
- Möglichkeiten bieten, Lernfortschritte, aber auch Lerndefizite zu erkennen.

Informationsgewohnheiten Lerndispositionen

508. Mit dem **Wandel von Informationsgewohnheiten** müssen sich auch die Methoden politischer Bildung wandeln. Politische Bildung muß im Methodenbereich erneuerungsbereit und -fähig sein. Junge Erwachsene lassen sich in immer stärkerem Maße durch Bilder und Filme ansprechen. Es besteht das Bedürfnis nach aktivem, kreativem, Spaß machendem und Erfolgserlebnis vermitteln-

dem Lernen. Diesen veränderten **Lerndispositionen** muss politische Bildung entgegenkommen und in vermehrtem Maße Filme, CD-ROM, Videokassetten, Spiele und Computerspiele sowie das Internet nutzen.

Anhang

Allgemeine Ziele der politischen Bildung

„Bericht der Bundesregierung zu Stand und Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland", Deutscher Bundestag, Drucksache 12/1773, 10.12.91, Bonn.

Politische Bildung hat insbesondere folgende Ziele zu verfolgen:

- möglichst objektiv über Faktoren und Funktionszusammenhänge politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Prozesse zu informieren;
- zur Akzeptanz der Grundwerte der freiheitlichen und pluralen Demokratie – unbeschadet der stets möglichen Kritik an ihrer konkreten Verwirklichung – beizutragen;
- zu verdeutlichen, dass die freiheitliche und plurale Demokratie die einzige politische Ordnung ist, in der eigenständiges, rationales und selbstverantwortliches Handeln möglich und systemkonform ist und die größten Chancen zur optimalen Entwicklung des Einzelnen bietet;
- das Wesen demokratischer Spielregeln bewusst zu machen und demokratische Verfahrensweisen einzuüben, Konfliktfähigkeit und Konsensbereitschaft auszubilden;
- die Fähigkeit und Bereitschaft, in politischen Alternativen zu denken, zu fördern und das politische Problembewusstsein, die politische Urteilsfähigkeit und Urteilsbereitschaft auszubilden;
- die Fähigkeit zu politischem Handeln zu entwickeln und die Chancen der politischen und gesellschaftlichen Einflussnahme zu erkennen und zu nutzen;
- sprachliche und nicht-sprachliche Kommunikation auf ihren ideologischen Hintergrund zu durchschauen;
- die Fähigkeit, die eigene Rechts- und Interessenlage ebenso zu erkennen, wie die Standortgebundenheit eigener und fremder Aussagen;
- die Befähigung, eigene Interessen im Rahmen der Regeln der pluralistischen Demokratie wahrzunehmen und Rücksicht auf die Interessen anderer zu nehmen;
- die Fähigkeit und Bereitschaft zu fördern, mit Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kulturen friedlich und verständnisvoll zusammenzuleben;
- einen Beitrag zum Abbau nationaler Egoismen zu leisten.

Themen der politischen Bildung in der Bundeswehr

Hinweise:

1. Die Auflistung enthält Themen, die in der politischen Bildung der Bundeswehr behandelt werden können. Die Liste enthält **Vorschläge**, von denen auch abgewichen werden kann (Pflichtthemen vgl. Nr. 418).
2. Die Themen im **Fettdruck** sind Bestandteil der Unterrichtsmappe zur ZDv 12/1 „Politische Bildung in der Bundeswehr" – Teil II – Texte, Materialien, Inhalte.

Themenkreis 1: Die freiheitliche demokratische Grundordnung

Bei diesem Themenkreis geht es um die Darstellung der Funktion des Rechts in der freiheitlichen demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung, die auf Menschenwürde, Freiheit und sozialer Verantwortung beruht. In dieser Ordnung gründet sich Freiheit u.a. darauf, dass politische Anschauungen miteinander in Wettstreit treten. Eine Ordnung, in der keine politische Richtung einen Absolutheitsanspruch erheben kann und darf, hat das Mehrparteiensystem, das Mehrheitsprinzip, den Minderheitenschutz, die Machtbegrenzung und garantierte Freiheitsrechte der Bürger zur Voraussetzung.

1.1 **Die Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit in der Bundesrepublik Deutschland**

1.2 Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland als Antwort auf die deutsche Geschichte

1.3 Vom Gegeneinander zum Miteinander – Der deutsche Einigungsprozess

1.4 Beteiligungsformen des Bürgers in der Demokratie

1.5 Der Sozialstaat – Anspruch und Wirklichkeit

1.6 Wahlen

1.7 Menschenrechte und Menschenwürde

1.8 Politischer Extremismus: Flucht in Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit

1.9 Rechtsextremismus/Linksextremismus – Merkmale und Gegenstrategien

1.10 Gleichheitsgrundsatz und Beachtung von Minderheiten – ein Widerspruch?

1.11 Der Föderalismus am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland

Themenkreis 2: Bundeswehr und Soldaten in Staat und Gesellschaft

Die gewachsene internationale Verantwortung Deutschlands hat Auswirkungen auf Rolle, Auftrag, Struktur und Ausrüstung der Bundeswehr. Sie beeinflusst das Verhältnis der Bevölkerung zur Bundeswehr sowie das Ansehen, die Attraktivität und die Bereitschaft zur Unterstützung der Streitkräfte. Sie hat Auswirkungen auf die Stellung der Streitkräfte in Staat und Gesellschaft. Der sicherheitspolitische Wandel hat aber auch geistig-moralische Konsequenzen für das soldatische Selbstverständnis. Dieses gilt es zu reflektieren und deutlich zu machen, dass sich der Soldat von heute und morgen grundlegend veränderten Bedingungen für den Einsatz stellen muss.

2.1 Neue Aufgaben für die Bundeswehr

2.2 Wehrpflichtarmee – Freiwilligenstreitkräfte. Ein Vergleich.

2.3 Eid und feierliches Gelöbnis

2.4 Dienen – wofür?

2.5 Die verfassungsrechtliche Stellung der Bundeswehr

2.6 Die Entstehungsgeschichte der Bundeswehr

2.7 Die Bundeswehr im Einigungsprozess

2.8 Der Soldat der Bundeswehr – ein Bürger wie jeder andere?

2.9 Soldat und gesellschaftlicher Wandel

2.10 Multinationalität

2.11 Kulturelle Unterschiede in den Einheiten und im Standort

Themenkreis 3: Sicherheits- und Verteidigungspolitik in einer sich ändernden Welt

Europa ist auch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts keine Insel des Friedens in einer konfliktträchtigen Welt. Neue Risiken bedrohen unser Land, die eine völlig andere Qualität haben als das Risiko, das in der Vergangenheit das westliche Sicherheitsdenken bestimmt hat. Risikoanalysen über künftige Entwicklungen müssen von einem weiten Sicherheitsbegriff ausgehen und dürfen sich nicht auf Europa beschränken. Es gilt Interdependenzen von regionalen und globalen Entwicklungen aufzuzeigen, dabei politische, gesellschaftliche, ökonomische und ökologische Tendenzen einzubeziehen und daraus Folgerungen für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu ziehen.

3.1 Deutsche Interessen in der Außen- und Sicherheitspolitik

3.2 Das neue strategische Konzept der NATO; u.a. die transatlantischen Beziehungen

3.3 Friedenssicherung durch die Vereinten Nationen

3.4 Freiheit und Frieden Die neue Friedensordnung in Europa

3.5 Von der Konfrontation zur Kooperation im Ost-West-Verhältnis

3.6 Modelle der Sicherheit in und für Europa

3.7 Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

3.8 Risiken und globale Bedrohungen für Europa

Themenkreis 4: Die globalen Herausforderungen unserer Zeit

Die politische Landkarte der Welt hat sich verändert. Die politischen Gewichte der Nationen und Regionen werden neu bestimmt. Führungsmächte und Führungsrollen prägen sich neu aus. Alte Zuordnungen verlieren ihre Bedeutung und werden von neuen politischen Kraftfeldern überlagert. Europa steht vor neuen Herausforderungen. Das Spektrum reicht hierbei von innerstaatlichen sozialen, ethnischen, religiösen und ökonomischen Krisen bis zu zwischenstaatlichen Rivalitäten. Hinzu kommen die Auswirkungen des Wohlstandsgefälles sowie demographischer, ökonomischer und ökologischer Entwicklungen von globaler Bedeutung. Die Darstellung dieser Entwicklungen und der Gefährdungsgrad der damit verbundenen Instabilitäten bestimmen die Inhalte dieses Themenkreises.

4.1 Die Europäische Union

4.2 Das Weltflüchtlingsproblem: Welten im Umbruch, Menschen im Aufbruch

4.3 Globale Umweltprobleme und ihre Folgen

4.4 Ökonomie und Sicherheit: Welthandelsprobleme und ihre Auswirkungen auf Stabilität und Sicherheit

4.5 Abrüstung, Rüstungskontrolle: Das Rüstungsproblem in der internationalen Politik

4.6 Ressourcenknappheit als Ursache von Konflikten

Themenkreis 5: Historische Entwicklungen und Ereignisse

Politische Bildung mit Bezug auf wichtige historische Entwicklungen und Ereignisse und **historische Bildung** ergänzen und vertiefen die Inhalte der vier Themenkreise und schaffen Grundlagen für die Verwirklichung des Leitbildes vom Staatsbürger in Uniform. Es geht dabei um Erkenntnis der **Entstehung** und der **Rückbezüge** von politischen und militärischen Problemen der Gegenwart. Durch eine wirklichkeitsnahe und ganzheitliche Geschichtsbetrachtung soll sich der Soldat als „Soldat in der Demokratie“ verstehen sowie Sinn und Zweck soldatischen Die-

nens in der Gegenwart erkennen. Dies fordert, die Gesamtheit der deutschen Geschichte vorurteilsfrei in die Betrachtung einzubeziehen.

Politische und historische Bildung gemeinsam tragen auch zur Entwicklung eines verfassungskonformen Traditionsverständnisses und einer zeitgemäßen Traditionspflege bei.

5.1 Preußische Reformen und ihre Folgen
- Staatsreform
- Militärreform

5.2 Die Revolution von 1848 – Entwicklung und Verlauf

5.3 Der Weg in den Ersten Weltkrieg

5.4 Nationalsozialismus / Drittes Reich
- Die ideologischen Grundlagen des Nationalsozialismus
- Nationalsozialistische Machtergreifung und Krieg
- Wehrmacht und Nationalsozialismus. Zwischen Kooperation und Widerstand; insbesondere der 20. Juli 1944
- Nationalsozialismus und rechte Vergangenheitsbewältigung
- Rechte Thesen und wie man sie widerlegt
- Auswirkungen von Nationalsozialismus und Krieg. Praxisbeispiel: „Exkursion“

5.5 Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik – Entwicklung und Verlauf

5.6 Staatsbürger in Uniform/Innere Führung – Entwicklung und Verlauf

5.7 Völkerbund – UNO

5.8 Die deutsche Wiedervereinigung

Kriterienkatalog zur politischen Bildung

Der folgende Kriterienkatalog wurde vom 10. Beirat für Fragen der Inneren Führung in seiner Empfehlung „Inhalte der Politischen Bildung in der Bundeswehr“ als Instrument der (Selbst-)Kontrolle für die Aus- und Weiterbildungspraxis der Vorgesetzten sowie für die Praxis der politischen Bildung vorgeschlagen.

- Wird das Anforderungsprofil der Unterrichtenden/Lehrenden in Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen explizit geklärt?
- Werden didaktische und methodische Fähigkeiten in der Aus- und Weiterbildung entwickelt, erprobt und eingeübt?
- Wird der Einsatz unterrichtstechnologisch nutzbarer Medien dargestellt und erprobt?
  + Training der Internet-Nutzung
  + Arbeit mit bildungsspezifischer Software
- Wird die Kompetenz zur Auswahl didaktisch geeigneter Materialien nach Gesichtspunkten der Kontroversität, Aktualität, Innovation vermittelt?
- Erhalten Unterrichtende Kenntnis über Zugangsmöglichkeiten zu didaktischem Material?
  + Sind die Adressen von Materiallieferanten wie Bundeszentrale für politische Bildung oder Landeszentralen für politische Bildung den Kompaniechefs bekannt?
  + Wird verfügbares Material bis zum Einheitsführer verteilt?
- Werden Kooperationsmöglichkeiten mit anerkannten anderen Trägern politischer Bildungsarbeit aufgezeigt und gezielt angestrebt?
  + Kontakte mit gesellschaftlichen Gruppen (z.B. Gewerkschaften, Arbeitgeber, Kirchen)
  + Kontakte mit öffentlichen Institutionen (z.B. Parlamente, Gerichte)
  + Diskussionen mit Betroffenen aktueller gesellschaftlicher Probleme (z.B. Bürgerinitiativen, Arbeitsloseninitiativen)
- Werden Praxiskontakte gesucht? Sind Ansprechpartner dafür bekannt?
- Wird der Blick auch für aktuelle und neu aufkommende Problemlagen geöffnet?
  + Minderheiten in der Bundeswehr
  + Bundeswehr und Multikulturalität
  + Traditionsverständnis
  + Geschichte des Standorts oder der Truppengattung
- Wird die Verbindung von politischer Bildung mit den Prinzipien und Anwendungsbereichen der Inneren Führung eigens thematisiert?

  + Menschenführung – Recht und soldatische Ordnung – Informationsarbeit – Organisation
- Werden Anwendungsgebiete politischer Bildung im Bereich der Inneren Führung aufgezeigt?
- Werden konkrete Spannungslagen zwischen Prinzipien politischer Bildung und denen der sonstigen militärischen Ausbildung aufgezeigt?
  + Behandlung des Problems „Überwältigungsverbot“ versus „Position beziehen“
  + Führungsverhalten und politische Bildung (Befehl/Gehorsam und Selbstbestimmung)
- Werden Anreize für Unterrichtende und Teilnehmer am Unterricht geschaffen beziehungsweise umgesetzt?
  + Jahrespreis/Bestpreise für politische Bildung
  + Projektwettbewerbe
- Erhält die Kompetenz zur Durchführung politischer Bildung im Rahmen von Dienstbeurteilung einen eigenen Stellenwert?
  + Anerkennung effektiven Unterrichts – Niederschlag in Beurteilungen
  + Controlling – Leistungsanreize für den Lehrenden

Ausbildungshilfsmittel und Materialien für die politische Bildung in der Bundeswehr

1. Druckschriften

1.1 Dienstvorschriften

- ZDv 14/1 „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland/Gesetz über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages/Gesetz über die Befugnisse des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages“
- ZDv 14/5 „Soldatengesetz“
- ZDv 10/1 „Innere Führung“
- ZDv 10/2 „Beteiligung der Soldaten durch Vertrauenspersonen“
- ZDv 3/1 „Grundsätze der Ausbildungslehre“

1.2 Ausbildungshilfen „Politische Bildung“

- Unterrichtsmappe zur ZDv 12/1 „Politische Bildung in der Bundeswehr“, Teil I, II und III
- Praktische Handreichungen für die politische Bildung, Zentrum Innere Führung, Koblenz
- Historische Beiträge zur politischen Bildung, MGFA, 1982
- Arbeitspapiere zu verschiedenen Themen, Zentrum Innere Führung, Koblenz

1.3 Medien der Truppeninformation

- Bundeswehr aktuell
- „Y“. Magazin der Bundeswehr
- Information für die Truppe
- Reader Sicherheitspolitik/Leitgedanken für den militärischen Führer
- Onlinemedium „Intr@net Aktuell“

1.4 Führungshilfen „Menschenführung“ und „Dienstaufsicht und Zusammenarbeit“, Zentrum Innere Führung, 1998

1.5 Sonstige Schriften und Publikationen des BMVg

- EXTRA-DIENST für Kommandeure, Dienststellenleiter, Einheitsführer
- G 1-Hinweise
- Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland – Werte und Normen für Soldaten

- Weißbücher der Bundesregierung
- Stichworte für die Öffentlichkeitsarbeit und Truppeninformation
  (anlassbezogen zu aktuellen Themen), BMVg – Presse- und Informationsstab, Referat Öffentlichkeitsarbeit
- Grundzüge der deutschen Militärgeschichte, Bd 1 und 2, Freiburg 1993
- Veröffentlichungen und Dokumentationen des BMVg

1.6 Fremdliteratur

- „Schriftenreihe“ der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB)
- Reihe „Informationen für die politische Bildung“ der BpB
- Zeitschrift „PZ“ der BpB
- AV-Medienkatalog der BpB
- Publikationen/Schriftenreihen/AV-Medienkataloge der Landeszentralen für politische Bildung
- „Aus Politik und Zeitgeschichte“; Beilage zu: „Das Parlament“
- „Wochenschau“, Themenhefte zur politischen Bildung, Wochenschau-Verlag
- Veröffentlichungen und Dokumentationen des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung
- der IAP – Dienst – Sicherheitspolitik
- Der Mittler-Brief, Informationsdienst zur Sicherheitspolitik
- Sicherung des Friedens, Publikation des Arbeitskreises Christen zur Förderung von Frieden in Freiheit
- loyal – das deutsche Wehrmagazin
- WIFIS, Publikationen des Wissenschaftlichen Forums für Internationale Sicherheit e. V.
- SWP-Brief, Stiftung Wissenschaft und Politik, Forschungsinstitut für Internationale Politik und Sicherheit
- Soldat und Technik

2. Audiovisuelle und neue Medien

2.1 Periodisch erscheinende Filme und Tonträger zur Truppeninformation

- „info forum“
- „info magazin“ (ersetzt seit 1997 „Info – die Filmschau der Bundeswehr“, vorhandene Filmschau kann weiter genutzt werden)

2.2 Videoreihen zur politischen Bildung

- Videoreihe „Zeitgeschichte angeleuchtet“
- Videoreihe „Das aktuelle Gespräch“

2.3 Audiovisuelle Medien öffentlicher Träger der politischen Bildung

- AV-Medien der Bundeszentrale für politische Bildung, der Landeszentralen für politische Bildung und der kirchlichen Medienzentralen
- apropos – Videos und Texte der Bundeszentrale für politische Bildung
- Tonträger der Bundeszentrale für politische Bildung
- AV-Medien der Deutschen Vertretung der Europäischen Kommission
- Sendungen des Schulfernsehens der Landesmedienanstalten

2.4 Computerspiele/Software

- Informationsdisketten/CD-ROM des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung
- Informationsdisketten/CD-ROM des BMVg und anderer Ministerien
- „Search & Play“, Interaktive Datenbank für Computerspiele der Bundeszentrale für politische Bildung
- Computergestütztes Planspiel: „Kommstedt – Demokratie auf dem Weg in die Informationsgesellschaft“ der Bundeszentrale für politische Bildung

Erlasse, Weisungen, Fundstellen

Beirat, Erlass über die Bildung eines „Beirats für Fragen der Inneren Führung“

VMBl 1969, Seite 93 ff.

Besuche von Politikern bei der Bundeswehr

VMBl 1998, Seite 86, Änderung VMBl 2001, Seite 155

Haushaltsbestimmungen

VMBl 2000, Seite 266 ff.

Herstellung und Nutzung von Medien in den Streitkräften

VMBl 1990, Seite 377 ff.; VMBl 1986, Seite 410

Informationsmaterial Politische Bildung

VMBl 1990, Seite 377 ff. (Richtlinien für die Nutzung von Medien)
VMBl 2001, Seite 108 ff. (Richtlinien für Truppenbüchereien und Mediotheken)
VMBl 1994, Seite 114 ff. (Beschaffung von Fachliteratur)
VMBl 1990, Seite 271 ff. (Bewirtschaftung)
VMBl 1996, Seite 222 ff. (Konzeption Truppeninformation im Frieden)
VMBl 1996, Seite 215 ff. (Konzept der Zeitschriften zur Truppeninformation)
VMBl 1997, Seite 74 ff. (Konzept AV-Medien)

Jugendoffiziere und Jugendunteroffiziere

VMBl 1975, Seite 517 ff.; Änderung VMBl 1976, Seite 90

Kommunalpolitische Tätigkeit von Soldaten

VMBl 2001, Seite 116 f.

Politische Betätigung von Soldaten

VMBl 1980, Seite 533 ff.; VMBl 1988, Seite 25

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

VMBl 1993, Seite 54; Änderung VMBl 1997, Seite 119; VMBl 1998, Seite 391

Seminare zur politischen Weiterbildung

VMBl 2000, Seite 266 ff.

Soldatengesetz

VMBl 2001, Seite 72 ff.; Änderung VMBl 2001, Seite 113
ZDv 14/5

Staatsbürgerlicher Unterricht/Staatsbürgerliche Weiterbildung

VMBl 2000, Seite 266 ff.

Tage der Information/offenen Tür

VMBl 1997, Seite 45 ff.; Änderung VMBl 1999, Seite 77

Traditionspflege

„Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege in der Bundeswehr“ (BMVg Fü S I 3 – Az 35-08-07) vom 20. September 1982 (ZDv 10/1, Anlage 2/5)
Benennung von Kasernen. G 1-Hinweis 2710-2712
„Richtlinien zur Unterstützung der politisch-historischen Bildung durch militärgeschichtliche Exponate (Sammlungen)“ vom 19. März 1999, VMBl 1999, Seite 311

Truppeninformation

VMBl 1990, Seite 271 ff.
VMBl 1996, Seite 222 ff. (Konzeption Truppeninformation im Frieden)
VMBl 1996, Seite 215 ff. Änderung VMBl 1999, Seite 306 (Konzept der Zeitschriften zur Truppeninformation)
VMBl 1997, Seite 74 ff. (Konzept AV-Medien)

Uniformtragen bei politischen Veranstaltungen

VMBl 2000, Seite 55 ff.
VMBl 1992, Seite 391 ff.

Unterrichtsfahrten

VMBl 2000, Seite 266 ff.;
ZDv 43/2

Vortragswesen in der Bundeswehr

VMBl 1982, Seite 211 ff. (Private Vorträge und Veröffentlichungen)
VMBl 1999, Seite 190 ff., Änderung VMBl 2001, Seite 117 (Nebentätigkeit)
VMBl 1997, Seite 16 ff. (Lehrvergütungen/Vortragshonorare), gültig bis 12/2001, ab 1/2002 VMBl 2001, Seite 140 ff.

Wahlen, Politische Betätigung bei Wahlen

VMBl 1980, Seite 533; VMBl 1988, Seite 25

Zeitungen/Zeitschriften

VMBl 2000, Seite 266 ff.; VMBl 1990, Seite 271

Anschriftenverzeichnis

1. Institutionen des Bundes

Auswärtiges Amt
Adenauerallee 99-103
53113 Bonn
Telefon: 0 18 88 / 17-0
Fax: 0 18 88 / 17-34 02
Werderscher Markt 1
10117 Berlin
Telefon: 0 18 88 / 17-0
Fax: 0 18 88 / 17-34 02
http://www.auswaertiges-amt.de

Bundesministerium des Innern
Graurheindorfer Straße 198
53117 Bonn
Telefon: 0 18 88 / 6 81-0
Fax: 0 18 88 / 6 81-29 26
Alt-Moabit 101 D
10559 Berlin
Telefon: 0 18 88 / 6 81-0
Fax: 0 18 88 / 6 81-29 26
http://www.bmi.bund.de

Bundesministerium der Justiz
Heinemannstraße 6
53175 Bonn
Telefon: 0 18 88 / 58-20
Fax: 0 18 88 / 58-2 45 25
Jerusalemer Straße 27
10117 Berlin
Telefon: 0 18 88 / 58-00
Fax: 0 18 88 / 58-0 95 25
http://www.bmj.bund.de

Bundesministerium der Finanzen
Graurheindorfer Straße 108
53117 Bonn
Telefon: 0 18 88 / 6 82-0
Fax: 0 18 88 / 6 82-44 20
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
Telefon: 0 18 88 / 6 82-0
Fax: 0 18 88 / 6 82-32 60
http://www.bundesfinanzministerium.de

Bundesministerium für
Wirtschaft und Technologie
Villemombler Straße 76
53123 Bonn
Telefon: 0 18 88 / 6 15-0
Fax: 0 18 88 / 6 15-44 36
Scharnhorststraße 34-37
10115 Berlin
Telefon: 0 18 88 / 6 15-0
Fax: 0 18 88 / 6 15-70 10
http://www.bmwi.de

Bundesministerium für Verbraucherschutz,
Ernährung und Landwirtschaft

Rochusstraße 1
53123 Bonn
Telefon: 0 18 88 / 5 29-0
Fax: 0 18 88 / 5 29-42 62

Wilhelmstraße 54
10117 Berlin
Telefon: 0 18 88 / 5 29-0
Fax: 0 18 88 / 5 29-42 62

http://www.bml.de

Bundesministerium für Arbeit
und Sozialordnung

Rochusstraße 1
53123 Bonn
Telefon: 0 18 88 / 5 27-0
Fax: 0 18 88 / 5 27-29 65

Mauerstraße 45-52
10117 Berlin
Telefon: 0 18 88 / 5 27-0
Fax 0 18 88 / 5 27-19 22

http://www.bma.de

Bundesministerium der Verteidigung

Fontainengraben 150
53123 Bonn
Telefon: 0 18 88 / 24-00
Fax: 0 18 88 / 24-53 57

Stauffenberg-Straße 18
10836 Berlin
Telefon: 0 18 88 / 24-00
Fax: 0 18 88 / 24-53 57

http://www.bundeswehr.de

Bundesministerium für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Rochusstraße 8-10
53123 Bonn
Telefon: 0 18 88 / 5 55-0
Fax: 0 18 88 / 5 55-11 45

Taubenstraße 42-43
10117 Berlin
Telefon: 0 18 88 / 5 55-0
Fax: 0 18 88 / 5 55-11 45

http://www.bmfsfj.de

Bundesministerium für Gesundheit

Am Probsthof 78 a
53121 Bonn
Telefon: 0 18 88 / 4 41-0
Fax: 0 18 88 / 4 41-49 00

Mohrenstraße 62
10117 Berlin
Telefon: 0 18 88 / 4 41-0
Fax: 0 18 88 / 4 41-49 74

http://www.bmgesundheit.de

Bundesministerium für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen

Robert-Schumann-Platz 1
53175 Bonn
Telefon: 0 18 88 / 3 00-0
Fax: 0 18 88 / 3 00-34 28

Krausenstraße 17-20
10117 Berlin
Telefon: 0 18 88 / 3 00-0
Fax: 0 18 88 / 3 00-19 20

http://www.bmv.de

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

Heinrich-von-Stephan-Straße 1	Alexanderplatz 6
53175 Bonn	10117 Berlin
Telefon: 0 18 88 / 3 05-0	Telefon: 0 18 88 / 3 05-0
Fax: 0 18 88 / 3 05-32 25	Fax: 0 18 88 / 3 05

http://www.bmu.de

Bundesministerium für Bildung
und Forschung

Heinemannstraße 2	Hannoversche Straße 28-30
53175 Bonn	10115 Berlin
Telefon: 0 18 88 / 57-0	Telefon: 0 18 88 / 57-0
Fax: 0 18 88 / 57-8 36 01	Fax: 0 18 88 / 57-8 52 70

http://www.bmbf.de

Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung

Friedrich-Ebert-Allee 40	Stresemannstraße 94
53113 Bonn	10963 Berlin
Telefon: 0 18 88 / 5 35-0	Telefon: 0 18 88 / 5 35-0
Fax: 0 18 88 / 5 35-35 00	Fax: 0 18 88 / 5 35-35 00

http://www.bmz.de

Bundeskanzleramt

Adenauerallee 139-141	Willy-Brandt-Straße 1
53113 Bonn	10557 Berlin
Telefon: 0 18 88 / 4 00-0	Telefon: 0 18 88 / 4 00-0
Fax: 0 18 88 / 4 00-18 00	Fax: 0 18 88 / 4 00-23 57

http://www.bundesregierung.de

Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung

Welckerstraße 11	Neustädtische Kirchstraße 15
53113 Bonn	10117 Berlin
Telefon: 0 18 88 / 2 72-0	Telefon: 0 18 88 / 2 72-0
Fax: 0 18 88 / 2 72-25 55	Fax: 0 18 88 / 2 72-25 55

http://www.bundesregierung.de

Bundesrechnungshof

Adenauerallee 81	Dortustraße 30-34
53113 Bonn	14467 Potsdam
Telefon: 0 18 88 / 7 21-0	Telefon: 0 18 88 / 7 21-0
Fax: 0 18 88 / 7 21-29 90	Fax: 0 18 88 / 7 21-29 91

http://www.bundesrechnungshof.de

Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden
Telefon: 0 18 88 / 6 44-1
Fax: 06 11 / 72-40 00
http://www.statistik-bund.de

Otto-Braun-Straße 70-72
10831 Berlin
Telefon: 0 18 88 / 6 44-94 34
Fax: 0 18 88 / 6 44-94 40

Bundesamt für Verfassungsschutz
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Merianstraße 100
50765 Köln
Telefon: 0 18 88 / 7 92-0
Fax: 0 18 88 / 7 92-29 15
http://www.verfassungsschutz.de

Mauerstraße 34-38
10117 Berlin
Telefon: 0 18 88 / 77 65-0
Fax: 0 18 88 / 77 65-3 54

Deutscher Bundestag
11011 Berlin
Telefon: 0 18 88 / 18-0
Fax: 0 18 88 / 18-3 68 78
http://www.bundestag.de

Bundestagsdrucksachen,
Gesetze und Verordnungen
Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH
Amsterdamer Straße 192
50735 Köln
Telefon: 02 21 / 9 76 68-0
Fax: 02 21 / 9 76 68-2 78
http://www.bundesanzeiger.de

Bundesrat
Leipziger Straße 5-7
10117 Berlin
Telefon: 0 18 88 / 91 00-0
Fax: 0 18 88 / 91 00-4 00
http://www.bundesrat.de

Bundespräsidialamt
Spreeweg 1
10557 Berlin
Telefon: 0 18 88 / 5 00-0
Fax: 0 18 88 / 5 00-19 99
http://www.bundespraesident.de

Wehrbeauftragter des
Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 0 30 / 72 61 60-0
Fax: 0 30 / 72 61 60-2 83
http://www.bundestag.de

Der Bundesbeauftragte für
den Datenschutz
Friedrich-Ebert-Straße 1
53173 Bonn
Telefon: 0 18 88 / 77 99-0
Fax: 0 18 88 / 77 99-5 50
http://www.bfd.bund.de

Bundeszentrale für gesundheitheitliche Aufklärung
Ostmehrheimer Straße 220
51109 Köln
Telefon: 02 21 / 89 92-0
Fax: 02 21 / 89 92-300
http://www.bzga.de

Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa
Johann-Justus-Weg 147a
26127 Oldenburg
Telefon: 04 41 / 9 61 95-0
Fax: 04 41 / 9 61 95-33

Umweltbundesamt
Bismarckplatz 1
Postfach 33 00 22
14191 Berlin
Telefon: 0 30 / 89 03-0
Fax: 0 30 / 89 03-22 85
http://www.umweltbundesamt.de

Bundeszentrale für politische Bildung
Berliner Freiheit 7
53111 Bonn
Telefon: 0 18 88 / 51 50
Fax: 0 18 88 / 51 51 13
http://www.bpb.de

Bundes-Pressekonferenz e.V.
Unter den Linden 62-68
10117 Berlin
Telefon: 0 30 / 2 26 70 99
Fax: 0 30 / 2 26 70 98

Bundesarchiv – Militärarchiv
Wiesentalstraße 10
79115 Freiburg
Telefon: 07 61 / 4 78 17-0
Fax: 07 61 / 4 78 17-900
http://www.bundesarchiv.de

Bundesarchiv
Potsdamer Straße 1
56075 Koblenz
Telefon: 02 61 / 50 50
Fax: 02 61 / 50 52 26
http://www.bundesarchiv.de

Bundesakademie für Sicherheitspolitik
Rosenburg
Rosenburgweg
53115 Bonn
Telefon: 02 28 / 91 75 1-0
Fax: 02 28 / 54 93 10
http://www.bakscom.de

Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung
Ferdinand-Sauerbruch-Straße 1
56073 Koblenz
Telefon: 02 61 / 4 00-0
Fax: 02 61 / 4 00-76 30

Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BVS)
Alexanderplatz 6
10100 Berlin
Telefon: 0 30 / 24 51-0
Fax: 0 30 / 24 51-29 22

Bundesamt für den Zivildienst
– Zivildienstgruppe Magdeburg –
Sternstraße 8
39104 Magdeburg
Telefon: 03 91 / 53 56 79-0
Fax: 03 91 / 53 56 79-69

Bundesamt für den Zivildienst
Sibille-Hartmann-Straße 2-8
50969 Köln
Telefon: 02 21 / 36 73-0
Fax: 02 21 / 36 73-66 1 u. 66 2

Bundesamt für den Zivildienst
– Zivildienstgruppe Chemnitz –
Zwickauer Straße 38
09112 Chemnitz
Telefon: 03 71 / 36 99 96-0
Fax: 03 71 / 36 99 96-9

Bundesamt für den Zivildienst
Zivildienstschule Seelbach
Am Tretenbach 31
77960 Seelbach
Telefon: 0 78 23 / 5 07-0
Fax: 0 78 23 / 5 07-25

Bundeswehrverwaltungsamt
Zentralstelle für Zivilschutz
Deutschherrenstraße 93-95
53177 Bonn
Telefon: 0 18 88 / 4 40-0
Fax: 0 18 88 / 4 40-14 24

Stiftung Wissenschaft und Politik
Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon: 0 30 / 8 80 07-0
Fax: 0 30 / 8 80 07-1 00
http://www.swp-berlin.org

2. Institutionen in den Ländern

2.1 Baden-Württemberg

Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg
Stafflenbergstraße 38
70184 Stuttgart
Telefon: 07 11 / 23 71 385
Fax: 07 11 / 23 71 496
http://www.lpb.bwue.de

Arbeitsgemeinschaft
Staat und Gesellschaft e. V.
(ASG)
Baden-Württemberg, Saarland,
Rheinland-Pfalz, Hessen
Sigwartstraße 13
72076 Tübingen
Telefon: 0 70 71 / 2 45 77
Fax: 0 70 71 / 2 72 62

Fritz-Erler Akademie der
Friedrich-Ebert-Stiftung
Am Zollernblick 1
72250 Freudenstadt
Telefon: 0 74 41 / 86 07-0
Fax: 0 74 41 / 66 09

Landesamt für Verfassungs-
schutz
Baden-Württemberg
Öffentlichkeitsarbeit
Taubenheimstraße 85 A
70372 Stuttgart
Telefon: 07 11 / 95 44-181
Fax: 07 11 / 95 44-444

Landesbildstelle Baden
Rastatter Straße 25
76199 Karlsruhe
Telefon: 07 21 / 88 08-0
Fax: 07 21 / 88 08-69
http://www.lbb.bw.schule.de

Landesbildstelle Württemberg
Rotenbergstraße 111
70190 Stuttgart
Telefon: 07 11 / 28 50-6
Fax: 07 11 / 28 50-780
http://www.lbw.bw.ue.de

Landesfilmdienst
Baden-Württemberg e.V.
Wolframstraße 20
70191 Stuttgart
Telefon: 07 11 / 25 10 12
Fax: 07 11 / 25 69 400
http://www.landesfilmdienste.de

Studienhaus Wiesneck
Institut für politische Bildung
Baden-Württemberg e.V.
Wiesneck-Straße 6
79256 Buchenbach
Telefon: 0 76 61 / 9 87 50
Fax: 0 76 61 / 6 26 79

Studienzentrum Weikers-
heim e.V. (szw)
Riebergstraße 29
79100 Freiburg
Telefon: 07 61 / 29 06 63
Fax: 07 61 / 29 06 63

Studienzentrum Weikersheim
e.V. (szw)
Marktplatz 11
97990 Weikersheim
Telefon: 0 79 34 / 99 06 67
Fax: 0 79 34 / 99 06 69

Bodensee-Akademie der
Friedrich-Naumann-Stiftung
Waldhaus Jakob
Eichhornstraße 84
78464 Konstanz
Telefon: 0 75 31 / 81 00 66
Fax: 0 75 31 / 67 49 6

Reinhold-Maier-Stiftung
Waldhaus Jakob
Eichhornstraße 84
78464 Konstanz
Telefon: 0 75 31 / 81 00 66
Fax: 0 75 31 / 67 49 6

Internationales Forum Burg Liebenzell
Postfach 12 28
75375 Bad Liebenzell
Telefon: 0 70 52 / 92 45-0
Fax: 0 70 52 / 92 45-18

Evangelische Akademie Bad Boll
73087 Bad Boll
Akademieweg 11
Telefon: 0 71 64 / 79-0
Fax: 0 71 64 / 79-440
http://www.ev-akademie-boll.de

2. Institutionen in den Ländern

2.2 Bayern

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Brienner Straße 41
80333 München
Telefon: 0 89 / 2 18 60
Fax: 0 89 / 5 50 39 26

Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1
82323 Tutzing
Telefon: 0 81 58 / 2 56-0
Fax: 0 81 58 / 2 56-14 u. 2 56 51

http://www.stmukwk.bayern.de/blz

Hanns-Seidel-Stiftung
Lazarettstraße 33
80636 München
Telefon: 0 89 / 12 58-0
Fax: 0 89 / 12 58-338

Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft e. V. (ASG) Bayern
Neue Obermayerstraße 5
86609 Donauwörth
Telefon: 09 06 / 66 76
Fax: 09 06 / 48 72

Landesfilmdienst Bayern e.V.
Dietlindenstraße 18
80802 München
Telefon: 0 89 / 38 16 09-0
Fax: 0 89 / 38 16 09-20

Landesfilmdienst e.V. – Zweigfilmothek –
Fürther Straße 80 a
90429 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 26 26 05
Fax: 09 11 / 26 93 66

http://www.landesfilmdienste.de/Bayern

Staatliche Landesbildstelle Nordbayern
Carl-Bürger-Straße 26
95445 Bayreuth
Telefon: 09 21 / 74 63-0
Fax: 09 21 / 74 63-280
http://labi01.rz.fh-muenchen.de

Staatliche Landesbildstelle Südbayern
Am Stadtpark 20
81243 München
Telefon: 0 89 / 12 65-25 36 / 37
Fax: 0 89 / 12 65-25 05

Institut Jugend Film Fernsehen
Pfälzer-Wald-Straße 64
81539 München
Telefon: 0 89 / 68 98 90
Fax: 0 89 / 68 98 91 11

Landesfilmdienst e. V. –
Zweigfilmothek –
Kardinal-Döpfner-Platz 5
97070 Würzburg
Telefon: 09 31 / 54 14 1
Fax: 09 31 / 57 20 84

FWU Institut für Film und Bild
in Wissenschaft und Unterricht
gemeinnützige GmbH
Bavariafilmplatz 3
82031 Grünwald
Telefon: 0 89 / 64 97-1
Fax: 0 89 / 64 97-240

Deutscher Philologenverband
e.V.
Implerstraße 25 a
81371 München
Telefon: 0 89 / 7 21 10 73
Fax: 0 89 / 7 21 10 73

EuropaAkademie
Bogener Straße 9
94505 Bernried
Telefon: 0 99 05 / 74 05-0
Fax: 0 99 05 / 74 05-50

Deutsche Private Akademie
AG für Bildung
Stievestraße 9
80638 München
Telefon: 0 89 / 3 06 25-0
Fax: 0 89 / 3 06 25-28

Franken-Akademie Schloß
Schney e.V.
Schloßplatz 8
96215 Lichtenfels
Telefon: 0 95 71 / 97 50-0
Fax: 0 95 71 / 8 34 11

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Ebenhausen Zeller Weg 27
82057 Icking
Telefon: 0 81 78 / 70-0
Fax: 0 81 78 / 70-312

Gesellschaft für Politische
Bildung e.V.
Akademie Frankenwarte
Postfach 55 80
97005 Würzburg
Telefon: 09 31 / 80 46 40
Fax: 09 31 / 80 46 444

ifo Institut für Wirtschaftsfor-
schung
Poschingerstraße 5
81679 München
Telefon: 0 89 / 92 24-0
Fax: 0 89 / 98 53 69

Thomas-Dehler-Stiftung
Agnesstraße 47
80798 München
Telefon: 0 89 / 18 31 84
Fax: 0 89 / 18 02 55

BayernForum
Elisenhof
Prielmayerstraße 3
80335 München
Telefon: 0 89 / 51 55 52-3
Fax: 0 89 / 51 55 52 44

2. Institutionen in den Ländern

2.3 Berlin

Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin
Oranier 4-10
10787 Berlin
Telefon: 0 30 / 90 16 25 52
Fax: 0 30 / 90 16 25 38

Heinrich-Böll-Stiftung
Rosenthaler Straße 40-41
10178 Berlin
Telefon: 0 30 / 2 85 34-0
Fax: 0 30 / 2 85 34-109
http://www.boell.de

Landesbildstelle Berlin
– Zentrum für audiovisuelle Medien –
Wikingerufer 7
10555 Berlin
Telefon: 0 30 / 39 84 90 91
Fax: 0 30 / 39 09 2-349
http://www.be.schule.de/labi-be

Evangelische Medienzentrale Berlin-Brandenburg
Goethestraße 26-30
10625 Berlin
Telefon: 0 30 / 31 91-292
Fax: 0 30 / 31 91-300

Studienzentrum Weikersheim e.V. (szw)
Pariser Platz 6 a
10117 Berlin
Telefon: 0 30 / 22 48 00
Fax: 0 30 / 22 48-02
http://www.eab.berlin.de

Europäische Akademie Berlin e.V.
Bismarckallee 46 / 48
14193 Berlin (Grunewald)
Telefon: 0 30 / 8 95 95 10
Fax: 0 30 / 8 26 64 10

Haus der Zukunft-Internationales Institut für Deutschland- u. europäische Bildungsarbeit e.V.
Goethestraße 37
14163 Berlin (Zehlendorf)
Telefon: 0 30 / 8 01 87 04
Fax: 0 30 / 8 02 16 98

ESTA / Europa Institut Berlin
Mariannenplatz 26
10997 Berlin
Telefon: 0 30 / 61 77 90 40
Fax: 0 30 / 6 18 10 50

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)
Königin-Luise-Straße 5
14195 Berlin
Telefon: 0 30 / 8 97 89-0
Fax: 0 30 / 8 97 89-200
http://www.diw.berlin.de

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.
Rauchstraße 18
10787 Berlin
Telefon: 0 30 / 25 42 31-0
Fax: 0 30 / 25 42 31-16

DGB
Deutscher Gewerkschaftsbund
Burkstraße 29-30
10178 Berlin
Telefon: 0 30 / 24 06 00
Fax: 0 30 / 24 06 04 71

Friedrich-Ebert-Stiftung
Hiroschimastraße 17
10785 Berlin
Telefon: 0 30 / 26 93 56
Fax: 0 30 / 26 93 58 57
http://www.fes.de

2. Institutionen in den Ländern

2.4 Brandenburg

Staatskanzlei des Landes Brandenburg
Landeszentrale für politische Bildung
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam
Telefon: 03 31 / 86 61 256
Fax: 03 31 / 86 61 364
http://www.brandenburg.de

Medienzentrum Ostprignitz-Ruppin OPR
Bildstelle Neuruppin
Neustädter Straße 58
16816 Neuruppin
Telefon: 0 33 91 / 50 54 91
Fax: 0 33 91 / 50 54 91

Medienzentrum Oberhavel
Liebigstraße 4
16515 Oranienburg
Telefon: 0 33 01 / 36 83
Fax: 0 33 01 / 36 83

Medien Pädagogisches Zentrum Brandenburg
– Landesbildstelle –
Yorkstraße 2
14467 Potsdam
Telefon: 03 31 / 2 89 98-0
Fax: 03 31 / 2 89 98-32
http://www.mpz.brandenburg.de/mpz/index.html

Bildung – Begegnung – Zeitgeschehen Bernau e.V.
Verein für politische Bildung und Kommunikation
Breitscheidstraße 41
16321 Bernau
Telefon: 0 33 38 / 76 82 70
Fax: 0 33 38 / 76 44 58

ESTA Brandenburg
Joachimsthaler Straße 20
16244 Altenhof
Telefon: 03 33 63 / 64 09
Fax: 03 33 63 / 64 09

Karl-Hamann-Stiftung
Johannes-Dieckmann-Allee 12
14467 Potsdam
Telefon: 03 31 / 2 80 10 16
Fax: 03 31 / 2 80 10 16

Friedrich-Ebert-Stiftung /
Landesbüro Brandenburg
Hermann-Elflein-Straße 30/31
14467 Potsdam
Telefon: 03 31 / 29 25 55
Fax: 03 31 / 2 75 88 18

2. Institutionen in den Ländern

2.5 Bremen

Landeszentrale für politische
Bildung Bremen
Osterdeich 6
28203 Bremen
Telefon: 04 21 / 36 12 922
Fax: 04 21 / 36 14 453
http://extranet.kmu-net.de/
lpb-bhv/netstart.htm

Landesinstitut für Schule
Abteilung Medien
Uhlandstraße 53
28211 Bremen
Telefon: 04 21 / 3 61-31 78
Fax: 04 21 / 3 61-31 15
http://www.wis.uni-
bremen.de/wis/med/

Stadtbildstelle Bremerhaven
Deichstraße 37
27568 Bremerhaven
Telefon: 04 71 / 5 90 25 29
Fax: 04 71 / 5 90 27 68

Liberale Gesellschaft von 1965
Elsasser Straße 6
28211 Bremen
Telefon: 04 21 / 34 10 48
Fax: 04 21 / 34 11 41

2. Institutionen in den Ländern

2.6 Hamburg

Landeszentrale für politische
Bildung Hamburg
Große Bleichen 23
20354 Hamburg
Telefon: 0 40 / 4 28 31-0
Fax: 0 40 / 4 28 31-2050

Friedrich-Ebert-Stiftung
Julius-Leber-Forum
Rathausmarkt 5
20095 Hamburg
Telefon: 0 40 / 32 58 74 20
Fax: 0 40 / 32 58 74 30

Gesellschaft für Politik und Wirtschaft
– Haus Rissen –
Rissener Landstraße 193
22559 Hamburg
Telefon: 0 40 / 81 90 70
Fax: 0 40 / 81 90 759

Staatliche Landesbildstelle Hamburg
Kieler Straße 171
22525 Hamburg
Telefon: 0 40 / 4 28 01-0
Fax: 0 40 / 4 28 01-55 05
http://www.hh.schule.de:80/lbh/welcome.html

Landesfilmdienst e.V.
– Zweigfilmothek –
Zeise Hallen
Friedensallee 7
22765 Hamburg
Telefon: 0 40 / 3 90 52 74
Fax: 0 40 / 3 90 56 31
http://www.landesfilmdienste.de

Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e.V. (swg)
Postfach 32 31 28
20116 Hamburg
Telefon: 0 40 / 4 10 56 74
Fax: 0 40 / 4 10 56 74

Wissenschaftliches Forum für Internationale Sicherheit e.V. (WIFIS)
Blomkamp 61
22549 Hamburg
Telefon: 0 40 / 8 00 54 16
Fax: 0 40 / 8 00 56 88

2. Institutionen in den Ländern

2.7 Hessen

Hessische Landeszentrale für politische Bildung
Rheinbahnstraße 2
65185 Wiesbaden
Telefon: 06 11 / 99 19 70
Fax: 06 11 / 99 19 744

Frankfurter Sozialschule
Katholisch-soziales Bildungswerk
Wilhelm-Kempf-Haus I
65207 Wiesbaden-Naurod
Telefon: 0 61 27 / 7 72 90
Fax: 0 61 27 / 7 72 97

http://www.rz.uni-frankfurt.de/pol.bildung/index.html

Evangelische Akademie
Hofgeismar
Schlößchen Schönburg
34369 Hofgeismar
Telefon: 0 56 71 / 8 81-0
Fax: 0 56 71 / 8 81-154
http://ekkw.de/akademie.
hofgeismar/

Evangelische Akademie Arnoldshain
Martin-Niemöller-Haus
Im Eichwaldsfeld 2
61389 Schmitten
Telefon: 0 60 84 / 9 44-0
Fax: 0 60 84 / 9 44-194

ZMDI Pädagogisches Institut
Gutleutstraße 8-12
60329 Frankfurt/Main
Telefon: 0 69 / 25 68-1
Fax: 0 69 / 25 68-237
http://zmdi.f.he.schule.de

Evangelische Medienzentrale
Kurhessen-Waldeck
Heinrich-Wimmer-Straße 4
34131 Kassel
Telefon: 05 61 / 3 42 24

Filminstitut DIF
Schaumainkai 41
60596 Frankfurt/Main
Telefon: 0 69 / 96 12 20-0
Fax: 0 69 / 62 00 60

Friedrich-Wilhelm-Murnau-Stiftung
Kreuzberger Ring 56
65205 Wiesbaden
Telefon: 06 11 / 9 77 09-0
Fax: 06 11 / 9 77 09-19

http://www.murnau-stiftung.de

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt / M.
Telefon: 0 69 / 7 89 73-0
Fax: 0 69 / 7 89 73-201 u. 202

Karl-Hermann-Flach-Stiftung
Frankfurter Straße 28
65189 Wiesbaden
Telefon: 06 11 / 3 98 91
Fax: 06 11 / 37 80 06

Heimvolkshochschule Gensungen
Bildungsstätte des Heimvolkshochschulwerkes e.V.
Heiligenbergstraße 25
34587 Felsberg-Gensungen
Telefon: 0 56 62 / 21 01
Fax: 0 56 62 / 93 01 51

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
Leimenrode 29
60322 Frankfurt / M.
Telefon: 0 69 / 95 91 04-0
Fax: 0 69 / 55 84 81
http://www.hsfk.de

2. Institutionen in den Ländern

2.8 Mecklenburg - Vorpommern

Landeszentrale für politische Bildung des Landes Mecklenburg-Vorpommern
Jägerweg 2
19053 Schwerin
Telefon: 03 85 / 30 20 90
Fax: 03 85 / 30 20 922
http://www.politische-bildung.de

Landesfilmdienst Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Bleicherstraße 3
19053 Schwerin
Telefon: 03 85 / 5 81 33 59
Fax: 03 85 / 5 81 33 60

Europäische Akademie Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Am Eldenholz 23
17192 Waren (Müritz)
Telefon: 0 39 91 / 12 24 28
u. 1 53 70
Fax: 0 39 91 / 12 13 69

Friedrich-Ebert-Stiftung / Landesbüro M – V
Wismarsche Straße 170
19053 Schwerin
Telefon: 03 85 / 51 25 96
Fax: 03 85 / 51 25 95

2. Institutionen in den Ländern

2.9 Niedersachsen

Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung
Hohenzollernstraße 46
30161 Hannover
Telefon: 05 11 / 39 01 0
Fax: 05 11 / 39 01 290
http://www.nlpb.de

Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft e.V. (ASG) Niedersachsen, Bremen, Sachsen-Anhalt
Jahnplatz 7
30165 Hannover
Telefon: 05 11 / 3 50 82 66
Fax: 05 11 / 3 50 82 67

Medienzentrale im Amt für Religionspädagogik und Medienarbeit der Ev.-Luth. Landeskirche in Braunschweig
Dietrich-Bornhöfer-Straße 1
38300 Wolfenbüttel
Telefon: 0 53 31 / 802-518
Fax: 0 53 31 / 802-713

Seminar für Politikwissenschaft
Georg-August-Universität
– Abteilung Mediothek –
Platz der Göttinger Sieben 3
37073 Göttingen
Telefon: 05 51 / 390

Landesfilmdienst
Niedersachsen e.V.
Podbielskistraße 30
30163 Hannover
Telefon: 05 11 / 66 13 93
Fax: 05 11 / 66 77 92

Medienzentrale im Amt für
Gemeindedienst
der Ev.-Luth. Landeskirche
Archivstraße 3
30169 Hannover
Telefon: 05 11 / 12 41-501
Fax: 05 11 / 12 41-499

Ost-Akademie e.V.
Herderstraße 1-11
21335 Lüneburg
Telefon: 0 41 31 / 75 94-0
Fax: 0 41 31 / 75 94-23

Europäische Akademie Bad
Bevensen
Gustav Stresemann Institut in
Niedersachsen e.V.
Klosterweg 4
29549 Bad Bevensen
Telefon: 0 58 21 / 955-0
Fax: 0 58 21 / 955-299

Europahaus Aurich
Deutsch-Niederländische
Heimvolkshochschule
von-Ihering-Straße 35
26603 Aurich
Telefon: 0 49 41 / 24 15 u. 36 95
Fax: 0 49 41 / 95 27 27

Internationaler Arbeitskreis
Sonnenberg e.V.
Bankplatz 8
38100 Braunschweig
Telefon: 05 31 / 2 43 64-0
Fax: 05 31 / 2 43 64-50

Politische Bildungsstätte
Helmstedt e.V.
Am Bötschenberg 4
38350 Helmstedt
Telefon: 0 53 51 / 58 51-0
Fax: 0 53 51 / 58 51-30

Rudolf-von-Bennigsen-
Stiftung
Walter-Gieseking-Straße 22
30159 Hannover
Telefon: 05 11 / 2 80 71 22
u. 2 80 71 23
Fax: 05 11 / 2 80 71 25

2. Institutionen in den Ländern

2.10 Nordrhein-Westfalen

Landeszentrale für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen
Neanderstraße 6
40233 Düsseldorf
Telefon: 02 11 / 67 97 70
Fax: 02 11 / 67 97 733
http://www.lzpb.nrw.de

Haus der deutschen Geschichte
Adenauerallee 250
53113 Bonn
Telefon: 02 28 / 91 65-400
Fax: 02 28 / 91 65-302
http://www.hdg.de

Friedrich-Ebert-Stiftung
Alfred-Nau-Bildungszentrum
Friedrich-Ebert-Straße 1
Friedrich-Ebert-Stiftung
Godesberger Allee 149
53175 Bonn

51702 Bergneustadt
Telefon: 0 22 61 / 46 41
Fax: 0 22 61 / 46 40 40
Telefon: 02 28 / 8 83-1
Fax: 02 28 / 8 83-625
http://www-fes.gmd.de

Beauftragter für die Bundeswehr:
Hartmut Schanz
Fichtenkamp 7
26188 Edewecht
Tel./Fax: 04486/350

Willi-Eichler-Bildungsstätte
Bildungsstätte des
Willi-Eichler-Bildungswerks
Radberg 10
53902 Bad Münstereifel-Rodert
Telefon: 0 22 53 / 18 02 02
Fax: 0 22 53 / 53 87

Ost-West Kolleg
Willy-Brand-Straße 1
50321 Brühl
Telefon: 0 22 32 / 9 29 82 50
Fax: 0 22 32 / 9 29 90 20

DGB
Deutscher Gewerkschaftsbund
Hans-Böckler-Haus
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon: 02 11 / 43 01-0
Fax: 02 11 / 43 01-471
http://www.dgb.de

Deutscher Lehrerverband
Burbacher Straße 8
53129 Bonn
Telefon: 02 28 / 21 12 12
oder 21 12 22
Fax: 02 28 / 21 12 24

Evangelische Sozialakademie
Schloß Friedewald
Schloßstraße 2
57520 Friedewald
Telefon: 0 27 43 / 20 91
Fax: 0 27 43 / 46 45

Karl-Theodor-Molinari-
Stiftung e.V.
Südstraße 121
53175 Bonn
Telefon: 02 28 / 38 23-103
Fax: 02 28 / 38 23-250

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Hauptabtlg Politische
Bildung u. Kommunalpolitik
Schloß Eichholz
Urfelder Straße 221
50389 Wesseling
Telefon: 0 22 36 / 7 07-401
oder 410
Fax: 0 22 36 / 7 07-403
http://www.kas.de

Friedrich-Naumann-Stiftung
Margarethenhof
Königswinterer Straße 409
53639 Königswinter
Telefon: 0 22 23 / 7 01-232
Fax: 0 22 23 / 7 01-133
http://www.liberale.de/fnst/

Politische Akademie Biggesee
Ewiger Straße 7-9
57439 Attendorn
Telefon: 0 27 22 / 7 09-0
Fax: 0 27 22 / 7 09-453

Arbeitsgemeinschaft Staat
und Gesellschaft e.V. (ASG)
Nordrhein-Westfalen,
Brandenburg
Spielbrinkstraße 6
58135 Hagen
Telefon: 0 23 31 / 40 68 10
Fax: 0 23 31 / 40 63 40

Konferenz der Landesfilmdienste
(Filmvertrieb)
Rheinallee 59
53173 Bonn
Telefon: 02 28 / 35 50 02
Fax: 02 28 / 35 82 69
http://www.landesfilmdienste.de

Deutsches Filmzentrum e.V.
(Filmvertrieb)
Dorotheenstraße 239
53119 Bonn
Telefon: 02 28 / 9 85 59-11/-12
Fax: 02 28 / 9 85 59-22

Evangelische Filmzentrale
Cansteinstraße 1
33647 Bielefeld
Telefon: 05 21 / 8 01-27 10

Medienzentrum Bonn
Riesstraße 9
53113 Bonn
Telefon: 02 28 / 77 23 50
Fax: 02 28 / 77 56 92

Landesfilmdienst
Nordrhein-Westfalen e.V.
Schirmerstraße 80
40211 Düsseldorf
Telefon: 02 11 / 36 05 56 / 7
Fax: 02 11 / 35 82 79

FFFZ/Film Funk Fernseh
Zentrum
der Evangelischen Kirche im
Rheinland
Kaiserswerther Straße 450
40474 Düsseldorf
Telefon: 02 11 / 45 80-0

Landschaftsverband Rheinland
Landesbildstelle Rheinland
Bertha von Suttner-Platz 3
40227 Düsseldorf
Telefon: 02 11 / 8 99 81 01
Fax: 02 11 / 8 92 92 64

Landesbildstelle Westfalen
Freiherr-v.-Stein-Platz 1
48145 Münster
Telefon: 02 51 / 5 91-39 01
Fax: 02 51 / 5 91-39 82

Gustav-Stresemann-Institut e.V.
für übernationale Bildung und
europäische Zusammenarbeit
Langer Grabenweg 68
53175 Bonn
Telefon: 02 28 / 81 07-0
Fax: 02 28 / 81 07-198

Karl-Arnold-Stiftung
Venner Straße 55
53177 Bonn
Telefon: 02 28 / 3 82 07-0
Fax: 02 28 / 3 82 07-44

Jakob-Kaiser-Stiftung
Hauptstraße 487
53639 Königswinter
Telefon: 0 22 23 / 7 06-0
Fax: 0 22 23 / 7 06-4

Arbeitskreis deutscher
Bildungsstätten e.V.
Haager Weg 44
53127 Bonn
Telefon: 02 28 / 91 02 8-0
Fax: 02 28 / 29 90 30

Arbeitskreis
Entwicklungspolitik e.V.
AKE-Bildungswerk e.V.
Burgstraße 1
32602 Vlotho
Telefon: 0 57 33 / 9 57 37
Fax: 0 57 33 / 1 81 54

Europäische Bildungs- und
Aktionsgemeinschaft e.V.
Kölnstraße 1
53111 Bonn
Telefon: 02 28 / 65 77 02
u. 65 40 14
Fax: 02 28 / 65 76 85

Gesamteuropäisches
Studienwerk e.V.
Südfeldstraße 2-4
32602 Vlotho
Telefon: 0 57 33 / 22 58 u. 51 10
Fax: 0 57 33 / 18 80 4

Internationales Bildungs- und
Begegnungswerk e.V.
Thomasstraße 1
44135 Dortmund
Telefon: 02 31 / 95 20 96-0
Fax: 02 31 / 52 12 33

Politisches Bildungswerk
Verantwortung in Staat
und Gesellschaft e.V.
Am Sandberg 30
53757 St. Augustin
Telefon: 0 22 41 / 34 22 34
Fax: 0 22 41 / 34 27 17

Europäische Staatsbürger-
Akademie e.V.
ESTA
Adenauerallee 59
46399 Bocholt
Telefon: 0 28 71 / 3 43-0
Fax: 0 28 71 / 3 43-101

Europäische Staatsbürger-
Akademie e.V.
Bad Oeynhausen
ESTA / Europa-Institut
Westkorso 18
32545 Bad Oeynhausen
Telefon: 0 57 31 / 2 70 66
u. 2 70 67
Fax: 0 57 31 / 2 14 01

Gustav-Heinemann-Akademie
der Friedrich-Ebert-Stiftung
Krottorfer Straße 27
57258 Freudenberg
Telefon: 0 27 34 / 49 8-0
Fax: 0 27 34 / 24 73

Kurt-Schumacher-Akademie
der Friedrich-Ebert-Stiftung
Willy-Brandt-Straße 19
53902 Bad Münstereifel
Telefon: 0 22 53 / 92 12-0
Fax: 0 22 53 / 80 91

Theodor-Heuss-Akademie der
Friedrich-Ebert-Stiftung
Theodor-Heuss-Straße 26
51645 Gummersbach
Telefon: 0 22 61 / 30 02-0
Fax: 0 22 61 / 30 02-21

Wolfgang-Döring-Stiftung
Sternstraße 44
40479 Düsseldorf
Telefon: 02 11 / 4 91 24 26-7
Fax: 02 11 / 4 97 09 10

Evangelische Akademie
Recklinghausen e.V.
Limperstraße 15
45657 Recklinghausen
Telefon: 0 23 61 / 25 23-1
Fax: 0 23 61 / 10 90-23

HVHS Haus Neuland e.V.
Postfach 11 03 43
33663 Bielefeld
Telefon: 0 52 05 / 91 26-0
Fax: 0 52 05 / 91 26 99
http://www.haus-neuland.de

2. Institutionen in den Ländern

2.11 Rheinland-Pfalz

Landeszentrale für politische Bildung
Rheinland-Pfalz
Am Kronberger Hof 6
55116 Mainz
Telefon: 0 61 31 / 16 29 70
Fax: 0 61 31 / 16 29 80
über:
http://www.politische-bildung.de

Landesbildstelle Rheinland-Pfalz
Hofstraße 257
56077 Koblenz-Ehrenbreitstein
Telefon: 02 61 / 97 02-0
Fax: 02 61 / 97 02-200
http://bildung.schule.de/lmz/

Landesfilmdienst
Rheinland-Pfalz e.V.
Deutschhausplatz, LFD-Haus
Petersstraße 3
55116 Mainz
Telefon: 0 61 31 / 2 87 88-0
Fax: 0 61 31 / 2 87 88-25

Landesfilmdienst
Rheinland-Pfalz e.V.
Zurmaienerstraße 114
54292 Trier
Telefon: 06 51 / 14 68 80
Fax: 06 51 / 14 68 899

Landesfilmdienst
Rheinland-Pfalz e.V.
– Zweigfilmothek –
Markenbildchenweg 38
56068 Koblenz
Telefon: 02 61 / 3 62 43
Fax: 02 61 / 3 42 37

Europa-Haus Marienberg
Öffentliche Stiftung
bürgerlichen Rechts
Europastraße 1/Postfach 12 04
56470 Bad Marienberg/
Westerwald
Telefon: 0 26 61 / 64 00
Fax: 0 26 61 / 61 48 6

PfalzAkademie
Franz-Hartmann-Straße 9
67466 Lamprecht
Telefon: 0 63 25 / 18 00-0
Fax: 0 63 25 / 18 00-26

Friedrich-Ebert-Stiftung /
Landesbüro Rheinland-Pfalz
Große Bleiche 18-20
55116 Mainz
Telefon: 0 61 31 / 96 06 70
Fax: 0 61 31 / 96 06 766

2. Institutionen in den Ländern

2.12 Saarland

Landesinstitut für Pädagogik
und Medien
Landeszentrale für politische
Bildung im Saarland
Beethovenstraße 26
66125 Saarbrücken
Telefon: 0 68 97 / 79 08 44
Fax: 0 68 97 / 79 08 77
über:
http://www.politische-bildung.de

Europäische Akademie
Otzenhausen e.V.
Europahausstraße
Postfach 40 04
66620 Nonnweiler-
Otzenhausen/Saar
Telefon: 0 68 73 / 6 62-0
Fax: 0 68 73 / 6 62-150

Landesfilmdienst Saarland e.V.
Halbergstraße 3
66121 Saarbrücken
Telefon: 06 81 / 6 33 93
Fax: 06 81 / 6 33 94

LPM/Landesbildstelle
Beethovenstraße 26
66125 Saarbrücken-
Dudweiler
Telefon: 0 68 97 / 7 90 80

Elisabeth-Selbert-Akademie der
Friedrich-Ebert-Stiftung
Am Staden 21
66121 Saarbrücken
Telefon: 06 81 / 63 55 87
Fax: 06 81 / 63 56 49

2. Institutionen in den Ländern

2.13 Sachsen

Sächsische Landeszentrale für
politische Bildung
Schützenhofstraße 36/8
01129 Dresden
Telefon: 03 51 / 85 31 80
Fax: 03 51 / 85 31 855
http://www.politische-bildung.de

Arbeitsgemeinschaft Staat
und Gesellschaft e.V. (ASG)
Sachsen, Thüringen
Postfach 8
09033 Chemnitz
Telefon: 03 71 / 85 61 65
Fax: 03 71 / 82 05 748

Landesfilmdienst Sachsen e.V.
Karl-Heine-Straße 83
04229 Leipzig
Telefon: 03 41 / 4 77 41 55
Fax: 03 41 / 4 77 41 53

Landesfilmdienst e.V.
Filmothek Chemnitz
Haus Spektrum
Kaßberg Straße 36
09112 Chemnitz
Telefon: 03 71 / 31 03 35
Fax: 03 71 / 30 45 62

Sächsisches Staatsinstitut für
Bildung und Schulentwicklung
Comenius-Institut
Dresdener Straße 78 c
01445 Radebeul
Telefon: 03 51 / 83 24-430
Fax: 03 51 / 83 24-414

Europa-Haus Görlitz
Europäisches Bildungs- und
Informationszentrum
Görlitz e.V.
Untermarkt 9
02826 Görlitz
Telefon: 0 35 81 / 67 12 86
Fax: 0 35 81 / 67 12 87

Europa-Haus Leipzig
Wilhelm-Leuschner-Platz 1
04107 Leipzig
Telefon: 03 41 / 96 01 97 7
u. 21 10 77 4
Fax: 03 41 / 96 01 49 0

Wilhelm-Kütz-Stiftung
Wasastraße 2
01219 Dresden
Telefon: 03 51 / 4 71 78 50

Ifo-Institut für
Wirtschaftsforschung
Hermann-Prell-Straße 6
01324 Dresden
Telefon: 03 51 / 2 64 76-0
Fax: 03 51 / 2 64 76-20

Friedrich-Ebert-Stiftung /
Landesbüro Sachsen
Königstraße 6
01097 Dresden
Telefon: 03 51 / 8 04 68 03
Fax: 03 51 / 8 04 68 05

Europa-Zentrum Meißen e.V.
Freiheit 13
01662 Meißen
Telefon: 0 35 21 / 46 15 13
Fax: 0 35 21 / 46 15 03

Friedrich-Ebert-Stiftung /
Regionalbüro Leipzig
Burgplatz 3
04109 Leipzig
Telefon: 03 41 / 9 60 21 60
Fax: 03 41 / 9 60 50 91

2. Institutionen in den Ländern

2.14 Sachsen-Anhalt

Landeszentrale für politische Bildung
Sachsen-Anhalt
Schleinufer 12
39104 Magdeburg
Telefon: 03 91 / 56 53 40
Fax: 03 91 / 56 53 413
http://www.lpb.sachsen-anhalt.de

Landesfilmdienst Sachsen-Anhalt e.V.
An der Waisenhausmauer 5
06108 Halle
Telefon: 03 45 / 2 09 01 60
Fax: 03 45 / 2 09 01 62

Landesinstitut (LISA) Sachsen-Anhalt
– Medienstelle –
Riebeckplatz 9
06110 Halle/Saale
Telefon: 03 45 / 20 42-201
Fax: 03 45 / 20 42-206
http://server1.schule.uni-halle.de/~lisa/index.html

Bildungszentrum Wendgräben der Konrad-Adenauer-Stiftung
Wendgräbener Chaussee 1
39279 Wendgräben
Telefon: 03 92 45 / 9 52-0
Fax: 03 92 45 / 9 52-206

Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Sachsen-Anhalt
Geißlerstraße 1
39104 Magdeburg
Telefon: 03 91 / 56 53 40
Fax: 03 91 / 56 53 413

2. Institutionen in den Ländern

2.15 Schleswig-Holstein

Landeszentrale für politische Bildung
Schleswig-Holstein
Hohenbergstraße 4
24105 Kiel
Telefon: 04 31 / 98 85 937
Fax: 04 31 / 98 85 942

Gustav-Heinemann-Bildungsstätte
Gesellschaft für Politik und Bildung
Schleswig-Holstein e.V.
Schweizer Straße 58
23714 Bad Malente
Telefon: 0 45 23 / 25 70
Fax: 0 45 23 / 26 32

Landesinstitut
Schleswig-Holstein
für Praxis und Theorie
in der Schule
– Landesbildstelle –
Schreberweg 5
24119 Kronshagen
Telefon: 04 31 / 54 03-176
Fax: 04 31 / 54 03-177
http://www.lmz.org

Arbeitsgemeinschaft Staat
und Gesellschaft e.V. (ASG)
Schleswig-Holstein, Hamburg,
Mecklenburg-Vorpommern
Hochofenstraße 19-21
23569 Lübeck
Telefon: 04 51 / 30 61 66
Fax: 04 51 / 30 25 15

Landesfilmdienst
Schleswig-Holstein e.V.
Thormannplatz 20-22
24768 Rendsburg
Telefon: 0 43 31 / 78 98 55
Fax: 0 43 31 / 7 79 41

Ranke-Gesellschaft
Olshausenstraße 40
24098 Kiel
Telefon: 04 31 / 8 80 23 01
Fax: 04 31 / 8 80 15 24

Ostsee-Akademie
Europaweg 3
23570 Lübeck-Travemünde
Telefon: 0 45 02 / 80 32 03-5
Fax: 0 45 02 / 80 3-200
Fax: 0 45 02 / 80 3-214

Akademie Sankelmark
Akademiepark
24988 Sankelmark
Telefon: 0 46 30 / 5 50
Fax: 0 46 30 / 5 51 99
http://www.sankelmark.de

Hermann-Ehlers Akademie der
Hermann-Ehlers-Stiftung e.V.
Gurlittstraße 3
24106 Kiel
Telefon: 04 31 / 38 92-0
Fax: 04 31 / 38 92-38

2. Institutionen in den Ländern

2.16 Thüringen

Landeszentrale für politische
Bildung
Thüringen
Bergstraße 4
99092 Erfurt
Telefon: 03 61 / 37 92 601
Fax: 03 61 / 37 92 602
http://www.thueringen.de/LZT

Medienzentrale
der Ev.-Luther-Kirche
in Thüringen
Schloßberg 4 a
99817 Eisenach
Telefon: 0 36 91 / 21 41 66

Landesfilmdienst
Thüringen e.V.
Brühler Straße 52
99084 Erfurt
Telefon: 03 61 / 2 21 81-13
Fax: 03 61 / 2 21 81-50

Landesfilmdienst
Thüringen e.V.
Werner-Petzold-Straße 17
07549 Gera
Telefon: 03 65 / 7 36 41 11
Fax: 03 65 / 7 36 41 50

ESTA Thüringen
Ortsstraße 29-31
98744 Cursdorf
Telefon: 03 67 05 / 6 10 99
Fax: 03 67 05 / 6 26 30

Wolfgang-Natonek-Akademie
der
Friedrich-Naumann-Stiftung
Haus am Ahorn
08261 Kottenheide/Thüringen
Telefon: 03 74 64 / 88 48 83
Fax: 03 74 64 / 87 83 3

Friedrich-Ebert-Stiftung/Landesbüro Thüringen
Nonnengasse 11
99084 Erfurt
Telefon: 03 61 / 5 98 02-0
Fax: 03 61 / 5 98 02 10

3. Institutionen der Europäischen Union in Deutschland

Europäisches Informationshaus
Jean-Monet-Haus
Bundesallee 22
10717 Berlin
Telefon: 0 30 / 88 41 20
Fax: 0 30 / 88 41 22 22
http://www.europarl.de

Kommission der Europäischen
Gemeinschaften
Vertretung in der Bundes-
republik Deutschland
Zitelmannstraße 22
53113 Bonn
Telefon: 02 28 / 53 00 9-0
Fax: 02 28 / 53 00 950
http://www.eu-kommission.de

Kommission der Europäischen
Gemeinschaften
Vertretung in Berlin
Unter den Linden 78
10117 Berlin
Telefon: 0 30 / 22 80 20 00
Fax: 0 30 / 22 80 22 22
http://www.eu-kommission.de

Kommission der Europäischen
Gemeinschaften
Vertretung in München
Franz-Josef-Strauß-Ring 1
80539 München
Telefon: 0 89 / 21 65-0
Fax: 0 89 / 21 65-21 29
http://www.eu-kommission.de

4. Institutionen der Vereinten Nationen in Deutschland

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen
Poppelsdorfer Allee 55
53115 Bonn
Telefon: 02 28 / 94 90 00

Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR)
Rheinallee 6
53173 Bonn
Telefon: 02 28 / 36 40 11
Fax: 02 28 / 21 74 92

5. Bundeswehrdienststellen

Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation (AIK)
Prötzeler Chaussee 20
15344 Strausberg
Telefon: 0 33 41 / 58-0
Fax: 0 33 41 / 58-16 45

Streikräfteamt Abt I
Informations- und Medienzentrale der Bw
Alte Heerstraße 90
53757 Sankt Augustin
Telefon: 0 22 41 / 15-1
Fax. 0 22 41 / 15-21 24

Streitkräfteamt Abt III
Fachinformationszentrum der Bw (FIZBw)
Friedrich-Ebert-Allee 34
53113 Bonn
Telefon: 02 28 / 9 47-0
Fax: 02 28 / 9 47-13 85

Zentrum Innere Führung
Von-Witzleben-Straße 17
56076 Koblenz
Telefon: 02 61 / 7 80-0
Fax. 02 61 / 7 80-21 85

Marineamt
– Teileinheit Berlin –
Steuerelement Politische Bildung
Julius-Leber-Kaserne
Postfach 51 03 53
13365 Berlin
Telefon: 0 30 / 49 81 11 86
Fax. 0 30 / 49 81 11 85

Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (EAS)
Hausdorffstraße 103
53129 Bonn
Telefon: 02 28 / 53 96 0-0
Fax: 02 28 / 23 62 67

Militärgeschichtliches
Forschungsamt
Zeppelinstraße 127/128
14471 Potsdam
Telefon: 03 31 / 97 14-0
Fax. 03 31 / 97 14-507

Sozialwissenschaftliches
Institut der Bundeswehr
Prötzeler Chaussee 20
15344 Strausberg
Telefon: 0 33 41 / 58-0
Fax: 0 33 41 / 58-17 88

S1 StOffz/Offz Innere Führung
in der G1/A1 Abteilung ab der
Ebene der Kommandobehörden

6. NATO-Informationsservice

Office of Information and Press /
Information Officer Germany
NATO - OTAN
1110 Brüssel
Belgien
Telefon: 0 03 22 / 7 07 49 96
Fax: 0 03 22 / 7 07 12 03
http://www.nato.int./

SHAPE
Public Information Office
B 7010 SHAPE
Belgien
Telefon: 00 32 65 / 44 48 32
Fax: 00 32 65 / 44 74 42

7. Sonstige Informationsstellen

amnesty international
Sektion der Bundesrepublik
Deutschland e.V.
Heerstraße 178
53111 Bonn
Telefon: 02 28 / 65 09 81
Fax: 02 28 / 63 00 36

Greenpeace e.V.
Große Elbstraße 39
22745 Hamburg
Telefon: 0 40 / 3 06 18-0
Fax: 0 40 / 3 06 18-100
http://www.greenp.de

Robin Wood
Aktionsgemeinschaft
für Natur und Umwelt e.V.
Nernstweg 32
22765 Hamburg
Telefon: 0 40 / 39 09 556
Fax: 0 40 / 39 28 48

NABU-Informationszentrum
Blumberger Mühle
Naturschutzbund
Deutschland (NABU) e.V.
Blumberger Mühle 2
16278 Angermünde
Telefon: 0 33 31 / 26 04-0
Fax: 0 33 31 / 26 04-50
http://www.nabu.de/blumberg

Bund für Umwelt und
Naturschutz
Deutschland e.V. (BUND)
Im Rheingarten 7
53225 Bonn
Telefon: 02 28 / 4 00 97-0
Fax: 02 28 / 4 00 97-40

Pax Christi Deutsche Sektion,
katholische
Friedensbewegung
Feststraße 9
61118 Bad Vilbel
Telefon: 0 61 01 / 20 72
Fax: 0 61 01 / 65 165

Stichwortverzeichnis

A

Aktualisierung des Informationsstandes der Reservisten **419**
Anwendungsbereich der Inneren Führung **111**
Arbeitsmethoden **505**
Attraktivität **505**
Auftrag
– Auftrag der Bundeswehr
– Auftrag der Streitkräfte
– Auftrag der politischen Bildungsarbeit **303**, 306, **104**, 203, 301 **106**, 107, 114, 203, **202**
Aus-, Fort- und Weiterbildung Vorbem 8, 307, **403**, 405, 412, 413, 414, 415
Ausbildung 207, **412**
– Ausbilder **504**
– Ausbildung der Vorgesetzten **Vorbem 6**
– Ausbildungsblöcke **418**
– Ausbildungsgebiet 111, 502
– Ausbildungsgruppe 502, **504**
– Ausbildungs(hilfs-)mittel **504**, Anl. 4
– Ausbildungsinhalt **504**
– Ausbildungsplanung **407**, 417
– Ausbildungsthemen 306, 307, 418, **Anl. 2**
– Ausbildungsverfahren **504**
– Ausbildungsziel **504**
Auswahl von Methoden **507**
Auswahl von Themen **307**

B

Begriff **111**
Beispiel der Ausbilder 504
Beteiligung 307, **502**
Beutelsbacher Konsens **115**
Bewußtsein, demokratisches 202, **302**, 504
Bewusstseinsänderungen 205
Bilder 508
Bildungsarbeit, politische **202**, 205
Bildungseinrichtungen, zivile **404**, 407, Anl. 6

Bildungsprozess **111**
Bildungsveranstaltungen, staatspolitische **405**
Bildungsziele 202, **Anl. 1**
Bundesstaatlichkeit **101**

C
CD-Rom 508
Computerspiele 508

D
Debatte 506
Demokratieprinzip **101**
Dialog **501**
Didaktik **Kap. 5**
Didaktische Analyse **503**
Dienstaufsicht Vorbem 6, **411**
Diskussion 408, 506
Disziplinarvorgesetzter Vorbem 5, 408
Druckschriften **Anl. 4**
Durchführung **409**, 411, 502

E
Eigeninitiative 507
Einflussfaktoren **110**, 114, 503, **504**
Einordnung, zeitliche 504
Einsatzbereitschaft **109**
Einschränkungen in der politischen Bildung **113**
Einstellungen, Veränderungen von 504
Eintreten für die freiheitliche demokratische Grundordnung **201**
Empfindungen, Formulierung eigener 504
Entscheidungsspiel 506
Erfahrungen **207**, **420**, 504
Erfolgskontrolle **410**, **411**, 413, **504**
Erkundung 506
Erlasse **Anl. 5**
Erreichbarkeit der Ziele **205**
Erwachsenenbildung 114, **501**, 502
Exekutive **103**
Exkursion 506

F
Fachleute aus dem zivilen Bereich **409**

Filme 508
Folgerungen für die politische Bildung **114**
Formen der politischen Bildung **401**
Formen, sonstige **405**
Fortbildung **414**
Frieden **104**, **302**
Führungskompetenz **412**
Führungsverhalten, Anspruch an das 114
Fundstellen **Anl. 5**

G
Gebot der Berücksichtigung individueller Interessenlagen **115**
Gebot der Kontroversität **115**
Gesamtprozess der politischen Bildung **415**
Gesamtziel **201**, 202
Geschichtliche Aspekte **206**, 207, 208
Gesellschaft Vorbem 3
Gespräch **406**
– Gesprächsbereitschaft Vorbem 5, **414**
– Gesprächsfähigkeit **414**
Gestalten 506
Glaubwürdigkeit **Vorbem 5**
Grundausbildung 418
Grundfragen des Soldatenberufs 203
Grundgesetz (GG) **101**–**104**, 206, 301
Grundlagen der politischen Bildung **101–106**, 114, 501
Grundordnung, freiheitliche demokratische **101**, 104, 105, 201, 304
Grundrechte **102**
Grundsätze der politischen Bildung **107–115**
Grundwehrdienst 306
Grundwehrdienstleistende 416, **418**
Gruppenarbeit 506

H
Handlungsfähigkeit **501**
Handlungskompetenz **505**
Handlungsorientierung **505**
Haushaltsmittel **404, 407, 409**
Hearing 506
Herausforderungen, globale 304
Herkunft 504
Historische Bildung **207**

I
Indoktrination, Verbot der **115**
Information, aktuelle **401**, **402**, 403
Informations- und Meinungsaustausch 111
Informationsaufnahme 504
Informationsbeschaffung 504
Informationsgewohnheiten **508**
Inhalte der politischen Bildung **301**, **302**, 305
Innere Führung **107**, **112**
Interesse 114, **502**, 504, 505
Interessenlage **115**, 307
Internet 508
Interview 506

K
Kameradschaft 113
Kenntnisse **202**, **207**, **412**, **420**
Kommandeur **408**, **411**
Kriterienkatalog **Anl. 3**

L
Lehrgänge **413**
Lehrmethoden **505–508**
Leitbild „Staatsbürger in Uniform“ **108**, 303
Leitung **408**
Lernen
– Lernbereitschaft **505,** 507
– Lerndefizite 507
– Lerndispositionen **508**
– Lernen **505**
– Lernen, exemplarisches **504**
– Lerngruppe 307, **504**
– Lernmethoden **506**
– Lernmotivation 504
– Lernprozess, lebenslanger **205**
– Lernvoraussetzungen 114, 504
– Lernziele 410, **504**, 507

M
Manipulation, Verbot der **115**
Maßnahmen, ergänzende **415**
Materialien **Anl. 4**
Medien **305**, Anl. 4
– Medienkompetenz **305**

Meinung	114
Meinungsfreiheit	**113**, **114**
Menschenführung	**112**, 303
Menschenwürde	**101**
Methoden	504, **505–508**
Mindestvorgaben	**Vorbem 5, 403**
Minimalkonsens der politischen Bildung	**115**
Mitarbeit	506
Mittlerfunktion der Reservisten	**419**
Mitverantwortung	**115**
Mitwirkung	506
Moderator	**504**
Motivation	**303**

O

Offiziere	**412, 413**
Organisation der Lehr- und Lernsituation	**503**
Ortswahl	504

P

Partner	**504, 507**
Personalräte	**307**
Pflichten des Soldaten	**105**, 203
Pflichtthemen	**418**
Planspiel	506
Planung	**407**, 411, 502
Politische Bildung, Begriff	**111**
Problemlösungen	115, 504

R

Rahmenbedingungen	Vorbem 3, **114, 504**
Raumgestaltung	504
Rechte, staatsbürgerliche	**203**
Rechtsstaatlichkeit	**101**
Regeln für die politische Bildung	**114**
Reservisten	409, **419, 420**
Rolle des Soldaten	**203**, 306
Rollenspiel	506
Rollenverständnis	Vorbem 7
Rücksichtnahme	**113**

S

Sachkompetenz	**504, 505**

Schlüsselqualifikation	**Vorbem 7**
Schulen	**410**
Schutzwürdigkeit	**203**
Seminar	111, 404, 406, **415, 418**
Sicherheits- und Verteidigungspolitik	**304**, 419
Situationsorientierung	**502, 504**
Sitzordnung	504
Soldat auf Zeit	405, **416**
Soldaten im freiwilligen zusätzlichen Wehrdienst	**416**
Soldatenbeteiligungsgesetz	**502**
Soldatengesetz (SG)	**105, 106**
Sonderurlaub	**405**
Sozialstaatlichkeit	**101**
Spiele	508
Staatsbürger	**107**, 306, **501**
Staatsbürger in Uniform	108, 115, 303
Staatsbürgerlicher Unterricht	106, 401, 402, 403, 418

T

Teilnahme an politischen Prozessen	202
Themen	**305–307**, 403, **Anl. 2**
– Themenangebot	307, 417
– Themenkreis	**304**, 403, 418, Anl. 2
Traditionsverständnis	**208**
Träger, öffentliche und freie	**404**, 415

U

Überfrachtung, inhaltliche und thematische	504
Überwältigungsverbot	**115**
Überzeugung	**108**, 205
Unteroffiziere	**412, 413**, 417
Unterstützung	**409, 420**
Urteil	**115, 201, 207, 505**

V

Veranschaulichung	504
Verantwortung	207
Verbindlichkeit der Ziele	**204**
Verhalten	**105**, 504
Verteidigungswürdigkeit	**203**
Vertrauen	**113**
Vertrauensperson	**407, 417, 502**

Videokassetten 508
Vorbereitung **407**, 411, **502**
Vorgaben **Vorbem 5**, **306**, 307, **402, 403, 413, 416, 418**
Vorurteile **507**

W
Wechselbeziehung zur Menschenführung **112**
Wechselwirkung mit gesellschaftlichen und politischen Einflüssen **110**
Wehrübungen **419**
Weiterbildung **413**, 417
Werteentscheidungen 504
Werteordnung **101, 102**
Wirksamkeit 505
Wissen **410, 501**

Z
Zeitansatz **402, 403, 413, 416, 418**, 504
Zentrum Innere Führung **415**
Ziel der historischen Bildung **207**
Ziele der politischen Bildung **201**–**204**, 206, **Anl. 1**
Zuordnung der Inhalte **302**
Zusammenarbeit mit öffentlichen und freien Trägern **404**
Zusammenhalt **113**

Absender (Dienstgrad/Amtsbezeichnung, Vorname, Name, ***Dienststelle***, Anschrift)	Kennzahl, Apparat	Datum
	☐ Az 60-15-07	☐ Az 60-16-07
	☐ Az 60-19-07	***Zutreffendes bitte ankreuzen*** X

Streitkräfteamt
- Abt IV 4 Dv -
Bw 529
Postfach 20 50 03
53170 Bonn

☐ (ZDv) (AllgUmdr)

Heeresamt
- II 4 -
Bw 526
Kommerner Str.188
53879 Euskirchen

☐ (ZDv) (HDv) (AnwFE)

Materialkommando der Luftwaffe
- I C 3 -
Bw 548
Postfach 90 61 10
51127 Köln

☐ (LDv)

Marineamt
- A 42 -
Bw 260
Flutstraße 34
26386 Wilhelmshaven

☐ (MDv)

Materialamt
Bw 433
Heerstraße 109
53474 Bad-Neuenahr-Ahrweiler

☐ (TDv)

***Änderungsvorschlag** zur*

Dienstvorschrift mit Nr. und Titel	Ausgabe (Monat, Jahr)	Letzte Änd Nr.
Betroffener Teil der Dienstvorschrift (Textnummer, Anlage)		
Änderungsvorschlag mit Begründung		
Unterschrift des Absenders	Stellungnahme (Unterschrift, Name, DGrad, DStg (BtlKdr oder Vorgesetzter in entspr. DStg))	

Änderungsnachweis

Änderung Nr.	Datum	Geändert von (Dienststelle), am (Datum)	Unterschrift